



Landesbeirat für das Kommunikationswesen
Comitato provinciale per le comunicazioni
Consulta provinziala por les comunicaziuns

20

JAHRE LBK
2002 - 2022

TÄTIGKEITS- BERICHT

- 2022 -



TÄTIGKEITSBERICHT 2022

Landesbeirat für das Kommunikationswesen

Verfasst im März 2023

Den geltenden Regelungen gemäß legt der Beirat (LBK) innerhalb März eines jeden Jahres der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (Autorità per le Garanzie nelle comunicazioni AGCOM) und innerhalb Mai dem Südtiroler Landtag einen Jahresbericht vor. Dieser Bericht gibt die wesentlichen Tätigkeiten des LBK im abgelaufenen Jahr wieder, nicht ohne jedoch auch auf aktuelle Ereignisse und Initiativen einzugehen.

Landesbeirat für das Kommunikationswesen

39100 Bozen | Dantestraße 9

Tel. 0471 946 040

info@lbk-bz.org | www.Lbk-bz.org

PEC: kommunikationsbeirat.comprovcomunicazioni@pec.prov-bz.org

Telefonische Erreichbarkeit (Parteienverkehr nur nach Terminabsprache)

Montag, Dienstag und Mittwoch: 09.00 - 12.00 Uhr

Donnerstag: 09.00 - 12.00 Uhr & 14.30 - 17.00 Uhr

Freitag: 09.00 - 12.00 Uhr

Alle im Text verwendeten Personenbezeichnungen inkludieren stets das männliche und das weibliche Geschlecht

Grafische Gestaltung

Fuchsdesign

Foto Titelseite: Canva Pro

Foto Seite 6: Mohamed Hassan / Pixabay

Foto Seite 12: istock

INHALTSVERZEICHNIS

Ein neues Abkommen zwischen Rom und Bozen ist unterzeichnet	4
Die Medienlandschaft in Südtirol	5
1. Wer und was ist der Beirat? Was tut er?	7
Garant des Kommunikationswesens in Südtirol	9
Medienfachleute aller drei Sprachgruppen setzen sich für Fairness und Vielfalt ein	9
2002 - 2022: 20 Jahre „Corecom“	10
2. Die eigenen Befugnisse des Kommunikationsbeirates	11
Beratung und Studien	12
Medienförderung	13
Kriterienänderung	14
Par-Condicio-Gesetz	16
Parlamentswahlen 2022	17
3. Die delegierten Befugnisse des Kommunikationsbeirates	19
Streitigkeiten mit den Telekommunikationsanbietern und ihre Beilegung	21
Der Beirat lässt unterbrochene Telefondienste im Dringlichkeitswege wiederherstellen	22
Streitfälle nach Telefonanbieter und Art der Streitigkeiten	22
Jugendmedienschutz, Monitoring von TV-Sendern	25
Richtigstellung falscher Nachrichten	26
Wie zuverlässig sind Meinungsumfragen?	27
Das Register der Kommunikationsanbieter	28
4. Die Gefahren des www: Hass und Hetze	29
Hate Speech im Internet, die Initiativen des LBK	30
Journalistenpreis „Aktion gegen Hass im Netz“	31
Kurzvideos „Hass im Netz hinterlässt unsichtbare Wunden“	32
Besuch aus Sachsen-Anhalt, Expertengespräch TV-Ausstrahlung	34
Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe der Beiräte autonomer Regionen und Provinzen	35
Die personellen Ressourcen des LBK	36
Die Ausgaben des Beirates	37
Neue Konvention zwischen AGCOM und den Beiräten	38

“

Ein neues Abkommen zwischen Rom und Bozen ist unterzeichnet: Es regelt einen Gutteil der Aufgaben des LBK

Die Tinte auf dem Papier ist – sinnbildlich gesprochen – noch feucht. Die Unterzeichnung der neuen Konvention zwischen der italienischen Authority für das Kommunikationswesen AGCOM und dem Südtiroler Landesbeirat für das Kommunikationswesen LBK erfolgte im Februar dieses Jahres: Landeshauptmann Arno Kompatscher, die Landtagspräsidentin Rita Mattei und ich als Präsident des LBK unterschrieben den Vertrag auf der einen Seite, der Präsident von AGCOM Giacomo Lasorella auf der anderen.

Nun liegt also - nach oftmaligen Verlängerungen des Vorgänger-Abkommens von 2017 - endlich eine neue Grundlage für die Arbeiten vor, welche der LBK im Auftrag des AGCOM auszuführen hat. Arbeiten, die mit seiner Rolle als Garant des Kommunikationswesens zusammenhängen.

Den raschen Veränderungen im Medien- und Kommunikationssektor trägt zwar auch die neue Konvention nicht hinreichend Rechnung (zu schwierig bleibt eine durchgreifende Regelung einer Branche, deren Vehikel das weltweite Netz ist), deshalb versucht die Authority mithilfe der regionalen Kommunikationsbeiräte, den Nutzern des Internets zumindest Werkzeuge und Kenntnisse zu vermitteln, die sie sicher durch das Gewirr an Angeboten im Netz geleiten sollen. Mit der neuen Konvention erwartet sich AGCOM von den Landesbeiräten, dass diese sich an Initiativen der Medienbildung für die Jugend und der Vermittlung von Medienkompetenz beteiligen, bzw. in Eigenregie die Schulung junger Menschen im Umgang mit den Medien in die Hand nehmen.

Neu in der soeben unterzeichneten Konvention ist auch die Tatsache, dass sich AGCOM im Vorfeld vergewisserte, ob beim LBK die personellen Ressourcen ausreichen, um die Aufgaben zu bewältigen, die ihm AGCOM überträgt. Das registriere ich mit Genugtuung, weil ich diese Überprüfung schon vor vielen Jahren gefordert hatte. Damals vergeblich.

Prinzipiell gut zu heißen ist auch der neue Ansatz bei der Überweisung der Geldmittel aus Rom. AGCOM will nun erstmals eine Art Effizienzbonus anwenden. Beiräte, die bei den außergerichtlichen Beilegungen von Streitigkeiten zwischen Telekom-Anbietern und ihren Kunden die Zeitpläne einhalten, sollen mit einer höheren Geldzuwendung belohnt werden. Darüber können wir uns nur freuen, denn die Mitarbeiter des LBK bearbeiten die Streitfälle in aller Regel rasch und effizient.

Roland Turk
Präsident des LBK

”

Die Medienlandschaft in Südtirol

Der Tätigkeitsbericht des LBK soll u. A. die aktuelle Situation der Informationsmedien in Südtirol beschreiben, was in diesem Abschnitt versucht wird.

Während in den meisten Regionen Italiens die Rundfunkanstalt Rai die Führungsrolle unter den lokalen Nachrichtenredaktionen innehat, ist dies in der Region Trentino Südtirol nicht der Fall. Hier nimmt die Rai den zweiten Platz hinter dem Unternehmen Athesia ein, das mit seinen Informationsmedien mit gut 75 % so viele Nutzer erreicht wie kein anderes Informationsunternehmen in keiner anderen Region Italiens.

Ein interessanter Fakt dazu: die Bevölkerung Trentino Südtirols interessiert sich intensiver für Lokalnews als die meisten anderen Menschen in Italien. Nur die Aostaner sind noch fleißigere Nutzer von lokalen Medien. Diese Eckdaten sind die jüngsten von der Authority für das Kommunikationswesen AGCOM zur Verfügung gestellten. Demnach nehmen neben Trentino Südtirol in weiteren 5 Regionen private Anbieter die Führungsrolle vor der Rai ein.

Diese trage eine besondere Verantwortung (Accountability) in Bezug auf einen pluralistischen, objektiven, unparteiischen Journalismus. Die Rai als öffentlich-rechtliches Medium habe die Pflicht, mit besonderer Sorgfalt auf eine ausgewogene Berichterstattung zu achten, in der alle Aspekte einer Nachricht berücksichtigt werden, die Aufsichtsbehörden hätten dies aufmerksam zu überwachen, so AGCOM.

Die Überwachung der privaten Medienunternehmen greift hingegen nur bei deren Fernsehsendern. Die anderen kommerziellen Mediengattungen wie Zeitungen oder Onlinemagazine sind in ihrer Berichterstattung völlig frei. Nur die Verhaltenskodizes der Journalisten können hier als Richtschnur für ein professionelles Vorgehen gelten.

In Südtirol finanziert das Land die deutschen und ladinischen Sendungen der Rai mit 20 Millionen Euro jährlich; eine Summe, die die berechtigte Erwartung von technisch und inhaltlich hochwertigen Inhalten entspricht. Den anderen Medien in Südtirol, die keinen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfüllen, greift die Landesregierung finanziell mit Beiträgen unter die Arme. Im Wesentlichen sind dies kommerzielle Radios, TV-Anbieter und Onlinemedien, zu einem kleinen Teil gemeinschaftliche, also nicht gewinnorientierte Radiosender. Insgesamt kommen fast 40 Informationsmedien in den Genuss von Landesgeldern (mehr Details im Kapitel „Medienförderung“)

Ist die hohe Zahl an geförderten Medien auch gleichbedeutend mit einer breiten Vielfalt der Inhalte? Nicht in dem Maße wie die Vielzahl der Geförderten vermuten lässt. Doch eine gewisse Konzentration von Medien ist – aus wirtschaftlicher Sicht – unvermeidbar, wenn man die schwierige finanzielle Lage des Informationswesens in Betracht zieht. Zeitungen verkaufen sich immer weniger, und die Onlinezeitungen gehen seit einigen Jahren dazu über, neben den kostenlos verfügbaren Inhalten auch kostenpflichtige Storys anzubieten. Sie stoßen mit dieser Strategie anscheinend auf Ablehnung bei den Usern, die sich mittlerweile daran gewöhnt zu haben scheinen, Informationen aus dem Internet völlig kostenlos zu beziehen.

Gut möglich, dass im nächsten Tätigkeitsbericht des LBK von einer Berücksichtigung dieses Umstandes in der Medienförderung berichtet werden wird, sowie von einer Sonderförderung ganz kleiner Medien - zugunsten einer erweiterten Vielfalt an Qualitätsmedien.

Doch selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte oder das Land Südtirol seine Medienbeihilfen sogar kürzen sollte, ist unsere Medienwelt nicht wirklich gefährdet. Denn die römische Regierung kümmert sich nach wie vor um ca. 1.000 lokale Medien auf dem gesamten Staatsgebiet. Am meisten um die Printmedien, aber auch um lokale private TV-Sender, um Radiobetreiber und Onlinezeitungen. In Südtirol sichert der Staat einem guten Dutzend lokaler Medien durch seine Beiträge das Überleben. Für eine solide Grundversorgung an Information ist also nach wie vor gesorgt.



1.



WER UND WAS IST DER BEIRAT? *WAS TUT ER?*



Roland Turk
Präsident



Roberto Tomasi
Vizepräsident



Judith Gögele



Eberhard Daum



Gerhard Vanzi



Burkard Zozin



Was ist der Beirat?

Garant des Medien- und Kommunikationswesens in Südtirol

Der Landesbeirat für das Kommunikationswesen LBK ist ein unabhängiges Regulierungs- und Kontrollorgan des Kommunikationswesens in Südtirol. Die Bereiche seiner Aufsicht erstrecken sich vom Rundfunkwesen bis zur Telekommunikation, von der Presse bis zur Kommunikationstätigkeit der öffentlichen Verwaltungen. Angesiedelt ist der Kommunikationsbeirat beim Landtag, er ist aber zugleich ein funktionales Organ der Aufsichtsbehörde AGCOM (Autorità per le Garanzie nelle Comunicazioni): gewissermaßen deren Außenstelle in Südtirol.



Wer bildet den Beirat?

Medienfachleute aller drei Sprachgruppen

Der Beirat besteht aus sechs Fachleuten aus den Bereichen Kommunikationswesen, Information, Fernmeldewesen und Multimedia. Ihm steht der Präsident vor, der zu Beginn der Legislaturperiode von der Landesregierung ernannt wurde. Auch der Vizepräsident wurde von der Landesregierung ernannt, während die weiteren vier Mitglieder vom Landtag in geheimer Wahl ermittelt wurden. Ab der nächsten Legislaturperiode wird der Landtag bei der Ernennung des Beirates federführend sein. Die Zusammensetzung des Beirates muss jedenfalls dem Sprachgruppenverhältnis entsprechen, wobei auch die Präsenz der ladinischen Sprachgruppe gewährleistet wird. Nach den Landtagswahlen im Oktober 2023 werden voraussichtlich im Frühjahr 2024 der Präsident, Vizepräsident und die Mitglieder des Beirates neu gewählt.



Was macht der Beirat?

Er setzt sich für Fairness und Vielfalt im Kommunikationssektor ein

Die Zuständigkeiten des Kommunikationsbeirates unterteilen sich in sogenannte „eigene“ und in „delegierte“ Befugnisse, weil der Beirat sowohl eine eigenständige Garantiebehörde des Landes Südtirol ist, aber auch der verlängerte Arm der römischen Aufsichtsbehörde AGCOM in der Provinz Bozen. AGCOM delegiert einige relevante Kontrollfunktionen im Medien- und Kommunikationswesen an die Landesbeiräte.

2002 – 2022: 20 Jahre „Corecom“

Der Südtiroler Kommunikationsbeirat feierte wie die meisten anderen regionalen Beiräte Italiens, die sog. „Corecoms“, im Jahr 2022 das 20-jährige Bestehen. Das Jubiläum wurde am 10. März mit einer Veranstaltung im Senat in Rom begangen, an welcher auch Beiratspräsident Roland Turk und die Mitarbeiterin Siegrid Mair teilnahmen. Die Gründung der regionalen Kommunikationsbeiräte wurde mit dem Gesetz Nr. 249/1997 (sog. Maccanico-Gesetz) beschlossen. Der Südtiroler Beirat wurde zuerst mit dem Landesgesetz vom 18. März 2002, Nr. 6 eingerichtet und dann mit dem Landesgesetz vom 9. Oktober 2020, Nr. 11 neu geregelt.



2.



DIE EIGENEN BEFUGNISSE DES KOMMUNIKATIONSBEIRATS

Die eigenen Befugnisse sind in den Landesgesetzen Nr. 6/2002, und 11/2020, dem Gesetz Nr. 223/1990, dem Gesetz Nr. 249/1997 und dem Gesetz Nr. 28/2000 verankert.



Beratung und Studien

Der Landesbeirat ist das beratende Organ des Landes in allen Fragen des Kommunikationswesens:

- er berät das Land im Bereich der Medienförderung;
- er kann der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt RAI Vorschläge in Bezug auf die Ausstrahlung lokaler Sendungen unterbreiten;
- er gibt auch Studien und Erhebungen in Auftrag, mit dem Ziel, die Qualität des Medienwesens zu verbessern.

Neues gibt es in Bezug auf die Anpassung an ein zeitgemäßes, technisches Qualitätsniveau der Sendungen von Rai Bozen zu berichten. Beiratspräsident Roland Turk über gab im Dezember 2022 dem Unterstaatssekretär für das Informations- und Verlagswesen, Alberto Barachini, ein Schreiben mit der Forderung nach HD-Sendungen der Rai in Südtirol. Barachini war vor seiner Berufung zum Unterstaatssekretär bereits Vorsitzender der parlamentarischen Rai-Kommission und dürfte daher bestens mit den Agenden der Rai vertraut sein. Inzwischen hat die Rai in Südtirol auf eine erste Stufe hochauflösender Fernsehbilder umgestellt. Diese erste Phase der Umstellung auf HD-Fernsehen geschah auf Drängen von verschiedenen Seiten. Die Stimme des Beirates war nur eine in diesem Chor. Die Endstufe des Umstiegs soll schließlich das Sendesystem DVB-T2 darstellen.



Treffen mit Staatssekretär Barachini (Mitte)



Medienförderung

Um den Pluralismus, die Meinungsvielfalt und ein breit gefächertes Informationsangebot in Südtirol zu fördern, stellt das Land den lokalen Radio- und TV-Sendern, sowie den Online-Nachrichten-Portalen Fördermittel zur Verfügung. Die vom Land für die Medienförderung bereitgestellte Summe ist seit Jahren konstant und hat sich bei etwa Euro 1,5 Millionen jährlich eingependelt.

Die Gesuche um Medienförderung sind beim Amt für Dienstleistung und Handel einzureichen. Der Landesbeirat erfüllt hierbei jedoch eine gesetzlich geregelte Kontrollfunktion, d.h. er überprüft die Gesuche, allerdings beschränkt auf das Vorhandensein folgender für den Erhalt der Beiträge erforderlichen Voraussetzungen: die Eintragung der Antragsteller im Register der Kommunikationsanbieter RKA/ROC oder im Register der Druckschriften beim Landesgericht, deren Sendekonzession, sowie (ab dem Frühjahr 2023) z. T. die Abdeckung des Landesgebietes bzw. dessen Bevölkerung durch die Radio- und Fernsehsender. In einigen Fällen überprüft der LBK auch die erforderliche Mindestmenge an förderwürdigen Inhalten. Das sind Inhalte von lokalem Interesse.

Im Jahr 2022 haben insgesamt 38 Medien um Landesmedienförderung angesucht:

17 private Radiosender, 4 TV-Sender und 17 lokale Newsportale. Seit Inkrafttreten des Förderungsgesetzes Ende 2015 bis heute hat sich die Gewichtung der Beitragssummen allmählich leicht verlagert: Verlegern, die mehrere Medien besitzen sind die Beiträge etwas herabgesetzt worden, zugunsten von Unternehmen, die nur 1 Nachrichtenmedium betreiben.

Es fällt auf, dass immer öfter Medienunternehmen von außerhalb Südtirols um Beiträge des Landes ansuchen. 2 von 4 TV-Sendern werden von Trentiner Eigentümern geführt, einer steht im Besitz von Eigentümern aus der Lombardei.

Auch ein Newsportal mit lokalen Inhalten für Südtirol wird von einem Herausgeber aus dem Trentino betrieben. Umgekehrt ist aufgefallen, dass ein Südtiroler Onlineportal erfolgreich um Gelder der autonomen Provinz Trient angesucht hat. Die Regierung des Trentino fördert im Vergleich zu Südtirol eine deutlich kleinere Anzahl an Medien-Unternehmern.

Im Trentino sind es etwa 20 Antragsteller, in Südtirol fast 40. Möglicherweise sind die höheren Zugangshürden im Trentino für diesen Unterschied mitverantwortlich.

Zurzeit überprüft das Amt für Handel und Dienstleistungen Gesuche der Geschäftsjahre 2017, 2018 und 2019.

Inzwischen wurde bekannt, dass das Amt auch zwei der zuletzt an einen Radiosender ausbezahlten Beiträge widerrufen hat. Der Sender wurde aufgefordert, die 2021 und 2022 erhaltenen Landesbeiträge wegen Unregelmäßigkeiten zurückzuzahlen.

Das Amt ließ außerdem wissen, dass es in dieser Sache auch eine Eingabe bei der Staatsanwaltschaft hinterlegen wird.

Kriterienänderung

Nach Beratungen mit dem Beirat hat die Landesregierung die Kriterien zur Medienförderung abgeändert und neue Anreize geschaffen. Radiosender, die Südtiroler Musik senden, also Musik, die in Südtirol produziert wird bzw. von Musikern stammt, die in Südtirol ansässig sind oder waren, bekommen höhere Förderbeiträge. Weniger Beiträge als bisher bekommen hingegen Onlinemedien, die Ableger von gedruckten Zeitungen sind, welche von derselben Redaktion gestaltet werden.

Im Jahre 2023 steht eine erneute Änderung des Medienförderungsgesetzes und eine Anpassung der Kriterien für die Medienförderung an. Bei Redaktionsschluss war bekannt, dass die Online-Nachrichtenportale, um in den Genuss von Fördermitteln zu kommen, beim Registrierungsvorgang in den Nutzerforen die Angabe einer persönlichen Handynummer zwecks Verifizierung vorsehen müssen. **Auf diese Weise werden Hater einfacher auszuforschen sein – eine Präventionsmaßnahme gegen Hate Speech.**

Bei dieser Gelegenheit werden auch die Aufgaben des LBK überarbeitet werden. Dies vor allem, weil es im letzten Jahr zu Missverständnissen bezüglich seiner Zuständigkeiten gekommen ist. Wegen eines Personalwechsels bei der Landesverwaltung war offenbar die authentische Interpretation der Kontroll-Aufgaben des LBK in Vergessenheit geraten. Diese Interpretation wurde 2021 in einem Brief an den Beiratspräsidenten dargelegt. Dieser Brief ist nachfolgend abgedruckt

Seit 2021 ist nur mehr eine Dienststelle mit der Annahme der Gesuche, ihrer Bearbeitung und der Auszahlung der Medienbeiträge betraut, nämlich das Amt für Handel und Dienstleistungen.

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL
Wirtschaft
Amt für Handel und Dienstleistungen



PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE
Economia
Ufficio Commercio e servizi

Bozen, 05.08.2021

Bearbeitet von:
Bruno Fontana

An den Präsident
Des Landesbeirats für
Kommunikationswesen
Dr. Roland Turk

roland.turk@lbk_bz.org

Anfrage um Erläuterungen zum Beschluss der Landesregierung Nr. 1366/2015

Sehr geehrter Präsident, lieber Roland,

ich beziehe mich auf deine Anfrage welche am 10. Juli 2021 übermittelt wurde und teile Folgendes mit:

Es wird bestätigt, dass in Anbetracht des Art. 4/ bis, Absatz 1, und des Art. 7 der geltenden Bestimmungen, der Landesbeirat für Kommunikationswesen zwar verpflichtet ist die Richtigkeit der im Gesuch abgegebenen Erklärungen zu überprüfen, dies betrifft allerdings das Erfüllen von Seiten der Antragsteller der erforderlichen Voraussetzungen, um als Fernseh – Radiosender oder Online Nachrichtenportal eingestuft zu werden und somit auf eine eventuelle Beitragsgewährung Anrecht zu haben.

Was hingegen die Überprüfung weiterer Erklärungen betrifft wie z. B. die Eintragung der antragstellenden Unternehmen in das Handelsregister oder jene, die den Ausmaß der Lohnkosten für Journalisten oder andere Mitarbeiter, die Zahlungen an Agenturen oder sonstige Dritte, die mit der Herstellung oder Verbreitung förderwürdiger Inhalte beauftragt werden, so ist dafür das Amt für Handel und Dienstleistungen im Rahmen der Bearbeitung der Gesuche oder im Verlauf der späteren Stichprobenkontrollen zuständig.

Mit freundlichen Grüßen

Bruno Fontana
Der geschäftsführende Amtsdirektor
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Firmato digitalmente da Bruno Fontana
Limite d'uso: Explicit Text. Questo certificato rispetta le raccomandazioni previste dalla Determinazione Agid N. 121/2019
Data: 05/08/2021 08:27:48

Landhaus 5, Raiffeisenstraße 5 - 39100 Bozen
Tel. 0471 41 37 40
<http://www.provinz.bz.it/wirtschaft>
handel.commercio@pec.prov.bz.it
handel@provinz.bz.it
Steuernr./Mwst.Nr. 00390090215

Palazzo 5, via Raiffeisen 5 - 39100 Bolzano
Tel. 0471 41 37 40
<http://www.provincia.bz.it/economia>
handel.commercio@pec.prov.bz.it
commercio@provincia.bz.it
Codice fiscale/Partita Iva 00390090215

Strafantrag beim Staatsanwalt gegen die Direktion einer Tageszeitung wegen Verleumdung mittels Presse

Die oben beschriebenen Missverständnisse über die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem LBK und der Landesverwaltung haben einen Zeitungsjournalisten dazu veranlasst, eine Reihe von Artikeln zu verfassen, die massiv darauf abzielten, den Beirat, seine Mitarbeiter, vor allem aber den Präsidenten des Beirates zu diskreditieren. Die Artikelserie war gespickt mit Unwahrheiten und ehrenrührigen Behauptungen, sodass sich der Beiratspräsident veranlasst sah, einen Strafantrag wegen Rufschädigung mittels Presse bei der Staatsanwaltschaft am Bozner Landesgericht zu hinterlegen. Die falschen Anschuldigungen in den Artikeln waren so ungeheuerlich, dass der Angegriffene nicht umhinkonnte, die massive Diffamierung seiner Person zur Anzeige zu bringen, um die aus der Luft gegriffenen Hypothesen des Journalisten als falsch zu entlarven.

Der Strafantrag richtet sich auch gegen den verantwortlichen Direktor der Tageszeitung, und zwar wegen schuldhafter Unterlassung der Kontrolle der redaktionellen Beiträge des Autors und wegen unterlassener Löschung von ehrenrührigen Leserkommentaren.



Par-Condicio-Gesetz

Der Beirat überwacht die Einhaltung des Par-Condicio-Gesetzes Nr. 28/2000 und führt bei Verstößen die Vorerhebungen durch, aufgrund derer die Authority AGCOM gegebenenfalls Sanktionen verhängt. Rundfunk und Fernsehen sind besonders im Vorfeld von Wahlen und Volksabstimmungen zu einem besonders ausgeprägten Pluralismus verpflichtet.

Die Kommunikationstätigkeit der öffentlichen Verwaltungen wird in den letzten Wochen vor Wahlgängen vom Par-Condicio-Gesetz stark eingeschränkt. Mit dieser Einschränkung soll verhindert werden, dass die öffentlichen Verwaltungen durch eine betont positive Darstellung ihrer Leistungen während der ablaufenden Legislaturperiode die Bürger zu deren Wiederwahl bewegen könnten. Print- und Onlinemedien sind hingegen von der Par Condicio nur in Teilbereichen betroffen.



Parlamentswahlen 2022

Die Regierungskrise zu Beginn des Jahres 2022 hatte die vorgezogenen Parlamentswahlen im September zur Folge. Der Landesbeirat hat im Rahmen seiner Zuständigkeit als beratendes Organ zur Par-Condicio mehrere Anfragen beantwortet. Zudem musste sich der Beirat mit einigen Anzeigen auseinandersetzen, wobei die Wahrung der Bestimmungen der Par-Condicio durch ein rasches Eingreifen von Präsident Turk sichergestellt werden konnte.

Einzigartig war der Fall einer Parlamentskandidatin, die nach der Aufzeichnung einer Fernsehdebatte mit Vehemenz forderte, dass ihre Wortmeldungen gelöscht bzw. herausgeschnitten würden. Einen solchen nachträglichen Eingriff in ein aufgezeichnetes Programm lassen die Par-Condicio Bestimmungen nicht zu. Diese besagen nämlich, dass Fernsehaufzeichnungen zu erfolgen haben als wären es Live-Sendungen.

Gemeindewahlen Kastelruth

Am 13. November 2022 fanden die Gemeindewahlen - also die Wahlen des Bürgermeisters und der Gemeinderäte - in Kastelruth statt. Der vorgezogene Urnengang wurde notwendig, da die Landesregierung in ihrer Funktion als Aufsichtsorgan den Gemeinderat von Kastelruth aufgelöst hatte. Aus Sicht der Par-Condicio verlief die Wahl ruhig; der Umstand, dass das Gemeindeblatt den kandidierenden Gruppierungen für die Vorstellung ihrer Programme und Kandidaten keinen Platz in der Zeitung gewährte bewog jedoch eine Gruppierung, sich beim Beirat nach der Rechtmäßigkeit dieser redaktionellen Entscheidung zu erkundigen. Die Herausgeber von Gemeindezeitungen sind in dieser Hinsicht in ihrer Entscheidung frei.



Die eigenen Befugnisse des Kommunikationsbeirats

3.



DIE DELEGIERTEN BEFUGNISSE DES KOMMUNIKATIONSBEIRATS

Die delegierten Befugnisse des Kommunikationsbeirats

Die Aufsichtsbehörde AGCOM übertrug seit Anfang der 2000-er Jahre den regionalen Beiräten schrittweise mehr und mehr Zuständigkeiten. Dies wurde in Konventionen mit mehrjähriger Gültigkeit festgelegt, die in den letzten Jahren stets erneuert wurden. Hier gibt es Neuigkeiten. Wie bereits im Vorwort dieses Tätigkeitsberichtes erwähnt, ist endlich ein neues Rahmenabkommen („accordo quadro“) zustande gekommen und eine darauf beruhende, neue Konvention zwischen der Authority und dem Südtiroler Kommunikationsbeirat. Die Neuerungen bringen u. A. eine Verstärkung der Zuständigkeiten im Bereich der Media Education, also der Schulung junger Menschen im Umgang mit den Medien. Die Konvention trägt die Unterschriften des Landeshauptmanns, der Landtagspräsidentin und des Beiratspräsidenten.

Die Delegierungen:

-  **Schutz der Mediennutzer, mit besonderem Augenmerk auf den Kinder- und Jugendschutz** in Rundfunk, Fernsehen und in den neuen Medien. Im letzteren Fall durch Schulungsmaßnahmen im Umgang mit den Medien im Zuge der medialen und digitalen Alphabetisierungsinitiativen von AGCOM, auch in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Behörden;
-  **Recht auf Richtigstellung falscher Nachrichten** in den lokalen Rundfunk- und Fernsehsendern;
-  **Überwachung** der Einhaltung der Bestimmungen zur Veröffentlichung von Umfragen in den lokalen Massenmedien;
-  **Durchführung des obligatorischen Schlichtungsversuches** in Streitfällen zwischen Kunden und den Anbietern von Telekommunikationsdiensten;
-  **Durchführung der zweitinstanzlichen Streitverfahren** zwischen Kunden und den Anbietern von Telekommunikationsdiensten und Beilegung der Streitfälle;
-  **Monitoring des lokalen Fernsehens** hinsichtlich des Pluralismus in den Informationssendungen, des Jugendschutzes, der Einschränkungen für Werbung, und der Pflicht, eigenständige Programme auszustrahlen;
-  **Führung des Registers** der lokalen Kommunikationsanbieter RKA/ROC.

Die delegierten Befugnisse und deren Ausübung im Detail

Streitigkeiten mit den Telekommunikationsanbietern und ihre Beilegung.

Im Telekommunikationssektor und für Pay-TV-Kunden ist die *Online Dispute Resolution* (ODR), also die außergerichtliche Streitbeilegung über die Internet-Plattform Conciliaweb (conciliaweb.agcom.it) mittlerweile etabliert. Die Verfahren sind digitalisiert: der Zugang zum kostenlosen Schlichtungssystem erfolgt nach Registrierung mit SPID (Sistema Pubblico di Identità Digitale) oder der elektronischen Identitätskarte (CIE – Carta d'Identità Elettronica).

Verbraucher, die keines von beiden besitzen, können sich an Verbraucherzentralen wenden. Die Südtiroler Verbraucherzentrale ist auf Conciliaweb akkreditiert und unterstützt ihre Mitglieder in Streitigkeiten mit den Telekommunikationsanbietern. Dasselbe gilt für den Südtiroler Bauernbund. Neben den Verbraucherzentralen sind Rechtsanwälte und Wirtschaftsberater dazu ermächtigt, die Kunden in Streitbeilegungsverfahren auf Conciliaweb zu vertreten.

Im letzten Quartal des Jahres 2022 ist die neue Version der Plattform Conciliaweb 3.0 in Betrieb genommen worden. Eine wesentliche Neuerung, die seit dem 1. Februar 2023 in Kraft ist, besteht aus der Möglichkeit, auch gegen Anbieter audiovisueller Mediendienste (beispielsweise Dazn) Schlichtungsverfahren durchzuführen. Diese Streitfälle fallen jedoch – zumindest vorläufig – in die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde AGCOM in Rom. Die Authority plant jedenfalls für die nächsten Jahre die sukzessive Erweiterung des Schlichtungsportales.

Die Mitarbeiter des Kommunikationsbeirates stehen allen Bürgern – mit besonderem Augenmerk auf die „schwächeren Nutzer“ (utenti deboli) – mit Rat und Tat zur Seite und bieten bei Bedarf die notwendige Hilfestellung bei der Einreichung der Schlichtungsanträge.

Die Dienste des LBK sind kostenlos weil er die offizielle Schlichtungsstelle im Lande betreibt.

Conciliaweb, das Schlichtungsportal für Kunden von Telekommunikationsanbietern, wird in Südtirol vom Beirat betreut. Das Verfahren zur Streitbeilegung ist kostenlos, und zwar für alle Kunden von Telekommunikationsdiensten und Pay-TV, einerlei ob sie einen Business-Vertrag abgeschlossen haben oder private Nutzer sind. Der Schlichtungsversuch ist vor dem eventuellen Gang zu Gericht verpflichtend.

Die Durchführung des Schlichtungsversuches zwischen Anbietern von Telekommunikationsdiensten und ihren Nutzern stellt den größten Aufgabenbereich - gemessen am Arbeitsaufwand - des Landesbeirates dar. Die Schlichtung ist aber gewiss eine der Befugnisse des Landesbeirates mit der größten Breitenwirkung, da sie allen Telefon- und Internetnutzern (Privatpersonen, Unternehmen und öffentlichen Ämtern) offensteht.

Die außergerichtliche Streitbeilegung bietet den Unternehmen und Familien die Möglichkeit, Probleme im Telefonbereich in einem raschen, unkomplizierten Verfahren zu lösen und – vor allem – fehlerhafte Rechnungen storniert zu bekommen oder nicht geschuldete Beträge wieder zurückzuerlangen.

Kurz zusammengefasst gilt:

- Die **Schlichtung** im Telefon- und Pay-TV-Sektor kann ohne Rechtsbeihilfe in Anspruch genommen werden;
- ist, vor einem Gang zum Gericht **verpflichtend**;
- versucht eine für beide Seiten annehmbare **Lösung** herbeizuführen;
- der/die **Schlichter/in** ist unabhängig und neutral, denn er/sie wird vom Landesbeirat bestellt.

Die beim Landesbeirat eingereichten Schlichtungsanträge erreichten im Jahr 2022 die Zahl von 656 Fällen.

Fällen. Das sind unwesentlich mehr Streitigkeiten als die 601 Fälle vom Vorjahr. Dieser leichte Anstieg entspricht nicht ganz dem Trend in anderen Regionen Italiens, wo die Anzahl der Schlichtungen leicht rückläufig ist. Höchstwahrscheinlich ist die Vermutung des Beirates vom Vorjahr eingetreten, nämlich, dass immer mehr Bürger sich der Digitalisierung anpassen und den SPID aktivieren bzw. sich eine digitale Identitätskarte besorgen und somit Zugang zu Conciliaweb haben. Im Großen und Ganzen sind die Zahlen recht konstant geblieben.

Der Beirat lässt unterbrochene Telefondienste im Dringlichkeitswege wiederherstellen

Die Telefonkunden haben außerdem die Möglichkeit, im Falle von Unterbrechungen bzw. Aussetzungen der Dienstleistung, oder auch bei nicht ordnungsgemäßen Funktionsweisen des Dienstes, auf dem Onlineportal Conciliaweb einen Antrag auf eine unverzügliche Wiederherstellung des Dienstes einzureichen. Damit wird die Telefongesellschaft aufgefordert, die Erbringung des Dienstes bis zum Abschluss des Schlichtungsverfahrens wiederherzustellen.

Im Jahr 2022 sind beim Landesbeirat bzw. auf Conciliaweb insgesamt 37 Anträge auf solche Dringlichkeitsmaßnahmen eingegangen. In diesem Falle eine niedrigere Zahl als im Vorjahr. Damals waren es 45.

Die Streitfälle nach Telefonanbieter

Statistisch gesehen ist auch die Aufteilung der eingegangenen Anträge nach Telefonanbieter im Bereich der Schlichtungstätigkeit von Interesse.

Die nachfolgende Grafik stellt die Anzahl der beim Landesbeirat eingegangenen Streitfälle pro Telefongesellschaft im Jahr 2022 dar.

An dieser Stelle muss klargestellt werden, dass die Anzahl der Streitfälle nach Telefonanbietern kaum Aussagekraft über deren Zuverlässigkeit bzw. die Qualität ihrer Dienste hat.

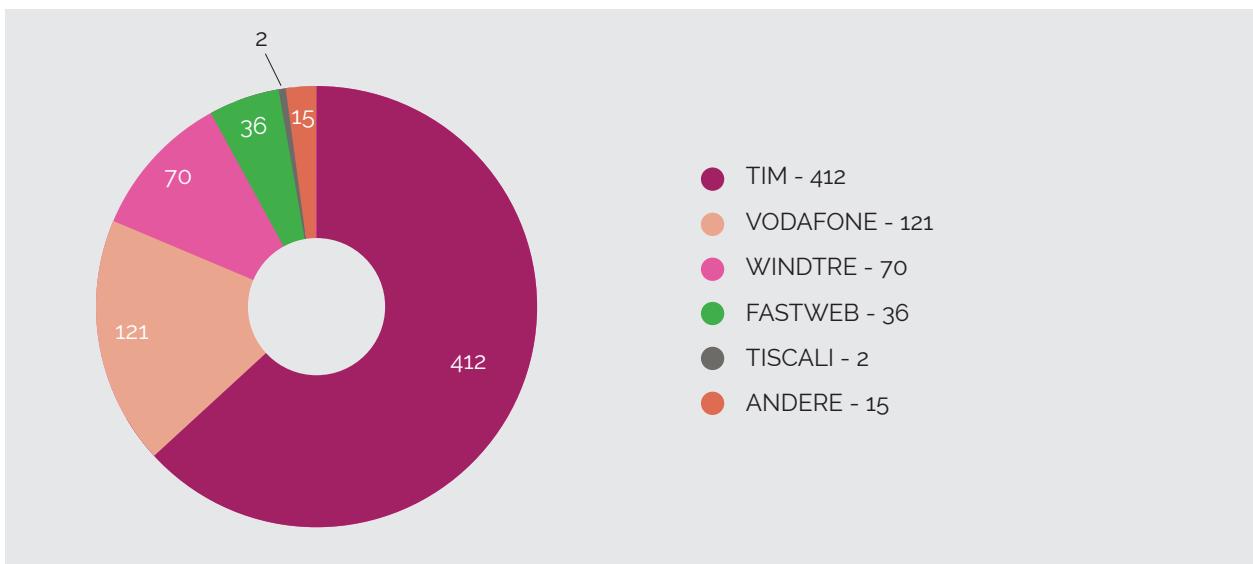
Die Reihung der großen Telekom-Anbieter ähnelt jener ihrer Umsätze, Anbieter mit hohen Umsätzen generieren hohe Zahlen an Streitfällen: der Umsatz von TIM ist ungefähr drei Mal höher als jener von WindTre und Vodafone. Das gilt aber nicht unbedingt für die Anzahl der Kunden, wie aus dem Jahresbericht von AGCOM hervorgeht.

Die Authority erhebt in ihrem Jahresbericht u. A. regelmäßig die Kunden- und Umsatzzahlen der großen Telekommunikationsanbieter.

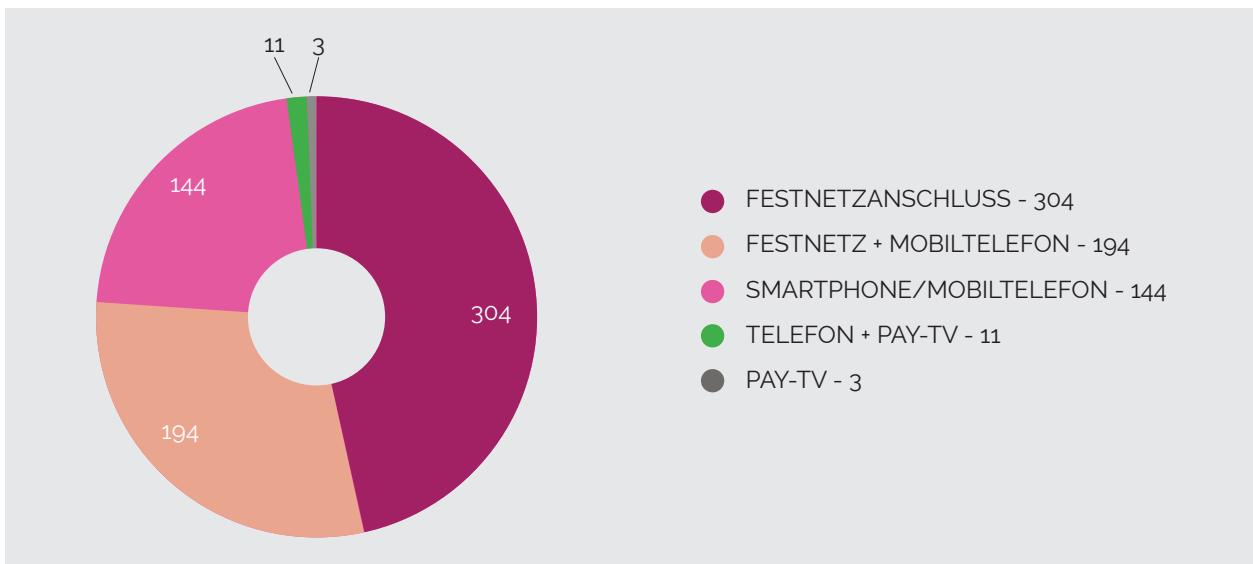
Gemäß Kundenzahlen ist der größte Festnetzanbieter nach wie vor TIM, mit einem Marktanteil von ungefähr 45%. Auf den Plätzen folgen in dieser Reihenfolge Vodafone, Wind und Fastweb – alle 3 mit ähnlich großen Anteilen von 13-16%.

Bei den Mobilfunkanschlüssen liefern sich die „The Big 3“ ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den Spitzensatz: WindTre hat leicht die Nase vorne vor TIM und Vodafone, gefolgt von Iliad.

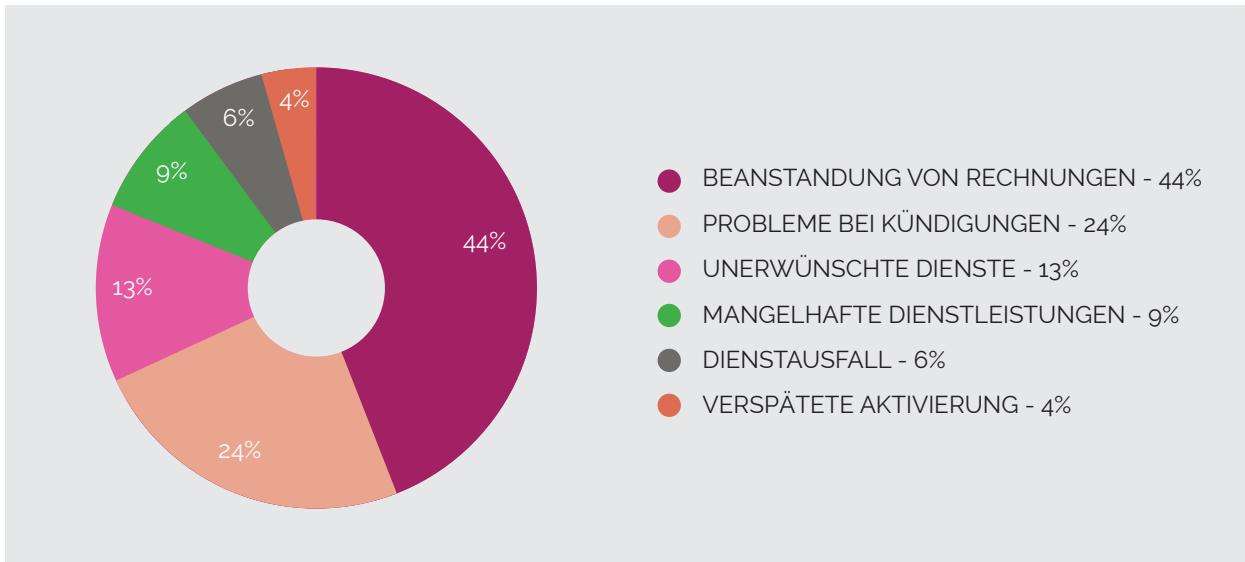
Streitfälle nach Telefonanbieter



Schlichtungen nach Art der Verträge



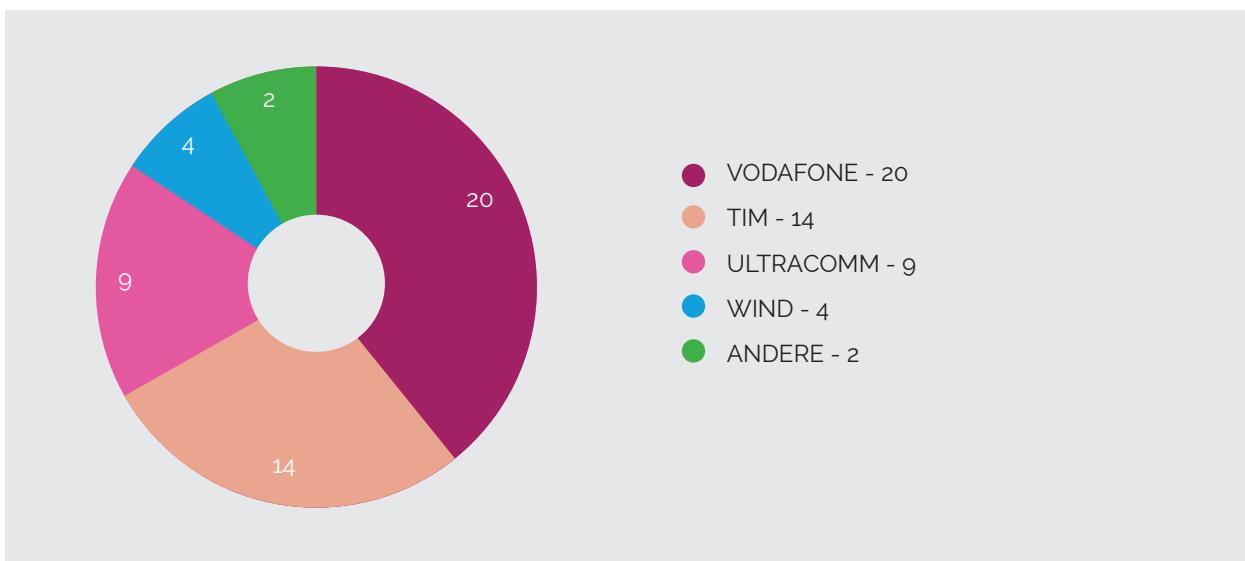
Schlichtungen nach Art der Streitfälle



Die zweite Instanz: komplexere Streitfälle werden hier entschieden

Sollte der Schlichtungsversuch gescheitert sein, stehen dem Kunden zwei Möglichkeiten zur Auswahl: Er kann sich an das Gericht wenden, oder das zweitinstanzliche Verfahren vor dem Landesbeirat einleiten. Für den Fall, dass auch auch im Beilegungsverfahren keine Einigung zwischen Kunden und dem Telefonanbieter möglich sein sollte, entscheidet der Beirat über den Streit. Im Jahr 2022 sind 51 Anträge auf Beilegung des Streitfalles im Beiratsbüro eingegangen. Dieser Wert ist konstant, denn im Jahr 2021 waren es 45 und im Jahr davor 54.

Eingegangene Entscheidungsanträge pro Telefongesellschaft



Jugendmedienschutz: der Kommunikationsbeirat ist wachsam

Ein besonderes Augenmerk richtet der Kommunikationsbeirat auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Fernsehen. Die geltenden Mediengesetze untersagen die Ausstrahlung von Inhalten, welche die seelische und moralische Entwicklung von minderjährigen Zuschauern beeinträchtigen könnten. Sender, die den Jugendschutz missachten, werden nicht nur zu Geldstrafen verurteilt, sondern auch von Staats- und Landesbeihilfen ausgeschlossen.

Dem Beirat wurde im Jahr 2022 glücklicherweise kein einziger Verstoß gegen die Jugendschutzbestimmungen im Fernsehen angezeigt. Auch von Amts wegen wurden keine Übertretungen festgestellt.

Jedoch wurde dem Beirat ein Fall von vermeintlicher Verletzung der Kinder- und Jugendschutzbestimmungen in Printmedien bzw. dem entsprechenden Aushang einer Schlagzeile vor einem Kiosk gemeldet. Ein besorgter Vater erachtete die Schlagzeile, dass eine Frau drei Mal vergewaltigt wurde, als einen Inhalt, der für Kinder verstörend sein könnte.

Die Landesbeiräte für Kommunikation in den Regionen und autonomen Provinzen kümmern sich aber nicht nur um den Jugendschutz in den lokalen TV-Sendern, sie sind auch eingebunden in die Überwachung der Jugendschutzbestimmungen in den überregionalen Sendern: und zwar durch ihre Mitgliedschaft im nationalen Jugendschutzzrat „Media e Minor“ (Medien und Minderjährige), beim Ministerium für die Wirtschaftsentwicklung (nunmehr „Ministerium für die Unternehmen und des Made in Italy“). Die Überwachung des Jugendschutzes erfolgt auch über das im folgenden Absatz beschriebene Monitoring der lokalen Sender, welches die Kommunikationsbeiräte im Auftrag von AGCOM durchführen.

Eine besondere Herausforderung stellt indessen der Jugendschutz im Internet dar. Hier kann der Beirat nur indirekt, durch Medienerziehung und Vermittlung von Medienkompetenz tätig werden. Weiterreichende Zuständigkeiten kann ihm nur ein Landesgesetz erteilen, aber in diesem Fall sind diese begrenzt auf Südtiroler Online-Medien, welche Landesbeihilfen beziehen.

Das Monitoring der TV-Sender – eine Kontrolle in Stichproben

Im Rahmen seiner Funktion als Kontrollorgan des lokalen Rundfunks lässt der Beirat jährlich sogenannte Monitorings durchführen. Das jüngste Monitoring des Privatsenders VB 33 ergab, dass es bei einigen Sendungen Verstöße gegen die rundfunkgesetzlichen Vorgaben, insbesondere des Einheitstextes TUSMA gegeben hatte. Das Beiratsbüro führte die erforderlichen Ermittlungen durch und übergab die Sache zur Entscheidung an AGCOM, welche im Sommer des Vorjahres den genannten Sender wegen Ausstrahlung von nicht als solche erkennbarer Werbung zu einem Bußgeld verurteilte.

Im Jahr 2022 wurde im Rahmen der delegierten Zuständigkeit die öffentlich-rechtliche Rai monitoriert und zwar das Programm von Rai Südtirol, Rai Alto Adige und Rai Ladinia. Ebenfalls kontrolliert wurde der Privatsender Peer TV.

Die Überwachung der privaten Lokalsender umfasst den kompletten Monitoring-Katalog, der sich laut Vorgabe der Authority AGCOM auf folgende Beobachtungsfelder zu konzentrieren hat:

- **Kinder- und Jugendschutz:** Die strengen Bestimmungen zum Jugendmedienschutz sind im vorherigen Absatz beschrieben;
- **Zuschauerschutz:** Auch die Würde der Erwachsenen darf von den Medien nicht verletzt werden. Die Persönlichkeitsrechte sind jederzeit zu respektieren. Hetze ist verboten, ebenso vulgäre Ausdrucksweisen und intolerante Verhaltensweisen, auch in Sportsendungen;
- **Wahrung der Grundsätze des Pluralismus:** Dieser Bereich ist unterteilt in einen sozio-kulturellen Pluralismus, der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen berücksichtigen muss, und in einen politisch-institutionellen Pluralismus. In diesem Falle geht es um die Gleichbehandlung aller politischen und institutionellen Vertreter der Gesellschaft;
- **Auflagen für Werbesendungen:** Werbung im Fernsehen und Radio muss als solche deutlich gekennzeichnet werden, damit Werbeeinschaltungen vom Zuschauer bzw. Hörer unmissverständlich als solche erkannt werden. Diese Kennzeichnungspflicht dient der Unterbindung von Schleichwerbung. Für bestimmte Produkte und Dienstleistungen darf überhaupt nicht geworben werden, in anderen Fällen ist die Sendezeit auf jene Stunden des Tages begrenzt, zu denen Kinder in der Regel nicht unbeaufsichtigt vor dem Fernseher sitzen.

Das Recht auf Richtigstellung falscher Nachrichten

Das Recht auf Richtigstellung von Nachrichten in der Presse ist wohl Jeder und Jedem ein Begriff: Wenn Zeitungen oder digitale Medien Nachrichten über jemanden verbreiten, die nicht den Tatsachen entsprechen, so müssen diese richtiggestellt werden, und zwar in derselben Gewichtung wie die falsche Nachricht verbreitet worden war.

Der Beirat für Kommunikation sorgt für die Durchsetzung des Rechts auf Richtigstellung im Rundfunk und Fernsehen. Wird eine Richtigstellung also vonseiten eines Rundfunkmediums verweigert, so können sich die Betroffenen an den Beirat wenden, um das Recht auf Richtigstellung einzufordern. In den vergangenen Monaten gingen einige wenige Anträge auf Richtigstellung beim Beirat ein, die allerdings unberechtigt waren. In Einzelfällen ging es weniger um Richtigstellungen als vielmehr um das Gefühl von politischen Mandataren, sie seien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterrepräsentiert.

Wie zuverlässig sind Meinungsumfragen und Wahlprognosen in den Medien? Transparenz ist erforderlich

Im Auftrag der Authority AGCOM überwachen die Landesbeiräte für das Kommunikationswesen die Pflicht der Medien, beim Veröffentlichen von Umfrageergebnissen die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen mitzuliefern. Um ein Umfrageergebnis in vollem Umfang einschätzen zu können, müssen nämlich die Mediennutzer erfahren, wer eine bestimmte Umfrage in Auftrag gegeben hat, wer sie in welchem Zeitraum umgesetzt hat, wie viele Befragte mit welchen Fragen konfrontiert wurden usw. Der Pflicht, diese elementaren Informationen über die Befragungsmethode zu veröffentlichen, müssen nicht nur die Printmedien, sondern auch die Online- und Rundfunkmedien nachkommen.

Im Jahr 2022 wurden **fünf Druckmedien einer durchgehenden Kontrolle unterzogen**. Dabei wurden allerdings keine Übertretungen festgestellt und folglich keine Südtiroler Medien sanktioniert.

In jüngster Zeit erfreuen sich **informelle Onlineumfragen** immer größerer Beliebtheit. Diese Spontanerhebungen unterscheiden sich von den **eigentlichen Umfragen** grundlegend, denn sie werden ohne klare Stichprobenauswahl durchgeführt. Daher fehlt ihnen die Repräsentativität, d.h. es ist nicht sichergestellt, dass die gesamte Bevölkerung angemessen abgebildet ist. Zudem kann nicht sicher gestellt werden, dass einzelne Teilnehmer durch mehrmaliges „Klicken“ das Ergebnis verfälschen. Um Missverständnisse zu vermeiden, sehen die gesetzlichen Bestimmungen vor, dass diese Onlineumfragen in den Medien nicht mit der Bezeichnung „Umfragen“ (sondaggi) veröffentlicht werden dürfen und mit der Information versehen sein müssen, dass sie keinen Anspruch auf Repräsentativität haben. Dadurch können die Leser die Ergebnisse der Erhebungen richtig einordnen.

Besondere Regeln gelten für die **politischen Umfragen und Wahlumfragen**.

Der Landesbeirat nahm den Anstieg der informellen Onlineumfragen zum Anlass, um im Mai 2022 sämtliche Südtiroler Radio- und TV-Sender sowie die Onlineportale mit einem Rundschreiben auf die gesetzlichen Bestimmungen zur Veröffentlichung von Umfragen hinzuweisen.

„Bei der Veröffentlichung von informellen Online-Umfragen ist große Sorgfalt geboten“

Der LBK

Das RKA: Ins Leben gerufen, um Konzentrationen im Mediensektor zu erkennen

Das Register der Kommunikationsanbieter RKA ist ein einheitliches Register, welches von der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen gemäß Art. 1 Absatz 6 Buchstabe a) 5-6 des Gesetzes Nr. 249 vom 31. Juli 1997 eingerichtet wurde.

Das Register der Kommunikationsanbieter dient der Offenlegung der Besitzverhältnisse in Kommunikationsunternehmen, damit die zuständigen Kontrollinstanzen wie AGCOM und Antitrustbehörde gegebenenfalls Konzentrationen im Medienwesen verhindern, den Pluralismus im Informationssektor überprüfen und Beteiligungen von Drittgesellschaften begrenzen können.

Der Landesbeirat ist von der Aufsichtsbehörde AGCOM dazu ermächtigt worden, das RKA auf Landesebene zu führen. Dies bedeutet, dass die Anträge von Rechtssubjekten mit Sitz in der Provinz Bozen, die zur Eintragung in das Register verpflichtet sind, direkt im Landesbeirat bearbeitet, überprüft und genehmigt werden. Der Beirat steht diesen Rechtssubjekten bei allen Fragen zum RKA beratend zur Seite. Die Zahl der eingetragenen Subjekte beläuft sich auf etwa 250/260. Dies ist ein Jahresmittelwert, denn wegen der Dynamik an Neueinschreibungen auf der eine Seite und Löschungen auf der anderen, kann die Zahl von Monat zu Monat variieren.

Im Jahr 2022 wurden 19 neue Unternehmen in das Register eingetragen, 6 wurden hingegen gelöscht.

Einmal im Jahr sind die Eingetragenen angehalten, ihre Daten im Register auf den aktuellen Stand zu bringen. Insgesamt musste das Beiratsbüro 195 jährliche Meldungen bearbeiten.

Die folgende Aufstellung listet eine Auswahl der im RKA eingeschriebenen Rechtssubjekte mit Sitz in Südtirol auf, unterteilt nach Branchen des Kommunikationssektors:

- **Netzbetreiber 4**
- **Anbieter von Inhalten 20**
- **Hörfunkanbieter 16**
- **Produzenten und Verteiler von Hörfunk- und Fernsehprogrammen 59**
- **Herausgeben von Tageszeitungen, Zeitschriften 76**
- **Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste 37**
- **Call Center 44**
- **Indirekte Nutzung der nationalen Nummern (Uso indiretto di numerazioni nazionali) 1**
- **Anbieter Online-Vermittlungsdienste - Online-Suchmaschinen (Fornitori Servizi intermediazione online - motori ricerca online) 1**

4.



DIE GEFAHREN DES WWW: HASSEN UND HETZE

Hate Speech im Internet: der Beirat schreitet ein

Der LBK tritt bei Bedarf auf den Plan, um gegen Hassreden oder erfundene Fakten vorzugehen, wenn solche in lokalen Onlinemedien erscheinen. Interventionen, die allerdings sorgfältig abzuwagen sind, weil die Grenze zwischen legitimer Meinungsfreiheit und Zensur unter Umständen unscharf sein kann. Im Bezugsjahr 2022 wurde dem Beirat lediglich ein Fall von Veröffentlichungen beleidigender Inhalte gemeldet. Aus dem Landtag und von der Jugandanwaltschaft erging die Anfrage an den LBK, ob eine Reihe von Onlinekommentaren über gestrenge Erziehungsmaßnahmen in der Schule als beleidigend einzustufen sei; beleidigend für die Gesamtheit der Kinder.

Doch der Beirat entschied nach eingehender Prüfung der erschienenen Leserkommentare, dass kein Anlass besteht, die Kommentare löschen zu lassen oder auf eine Moderation derselben durch die Redaktion der Onlinezeitung zu drängen.

Der Beirat wird vom Landesgesetz zur Förderung lokaler Medien in die Lage versetzt, gegen erfundene Storys und rufschädigende Leser-Einträge vorzugehen. Das Gesetz schreibt nämlich vor, dass jede Onlinedaktion dem LBK einen für die Leserkommentare verantwortlichen Redakteur nennen muss. Andernfalls seien Landesbeiträge in Frage gestellt.

Geldzuwendungen des Landes können auch widerrufen werden, wenn die Onlinezeitungen die Leserforen nicht moderieren und Entgleisungen unterbinden.

Die Initiativen des LBK gegen Hass im Netz

Auch im Jahr 2022 legte der Beirat sein Hauptaugenmerk auf den Kampf gegen den „Hass im Netz“.

Der starke Anstieg der Anfeindungen im Internet ist nach wie vor aktuell. Ereignisse wie die Covid-19 Pandemie haben den öffentlichen Diskurs angeregt, aber auch negative Auswüchse mit sich gebracht. Daher hat der Landesbeirat in Absprache mit dem Land und anderen interessierten Stellen die folgenden Initiativen ergriffen.



Journalistenpreis „Aktion gegen Hass im Netz“

Um dem Anstieg der Hassreden und Beleidigungen im Internet entgegenzuwirken, hatte der Landesbeirat Anfang 2022 in Zusammenarbeit mit der mit dem Kommunikationsbeirat Trent und der Journalistenkammer Trentino-Südtirol den Journalistenpreis „Gegen Hass im Netz“ ins Leben gerufen.

Diese Initiative ist Teil der Kampagne „//DIGITAL ist REAL//“, welche das Land Südtirol als *Joint Venture* mit verschiedenen interessierten Stellen gestartet hatte.

Die Südtiroler und Trentiner Journalisten bzw. Publizisten zeigten ein reges Interesse am Preisabschreiben, insgesamt sind 8 Bewerbungen eingelangt. Besonders hervorzuheben ist die mehrfache Teilnahme aus dem Haus der Athesia-Gruppe und der öffentlich-rechtlichen Rai Südtirol.

Eine Bewertungskommission hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Turk zwei Siegerwerke auserkoren: Inga Schmidt-Hosp's Radioglossen „Hatespeech. Worte als Waffen“, aus der Sendereihe „Auf ein Wort“, gesendet auf Rai Südtirol vom 27. Juni bis zum 2. Juli 2022 und Pino Loperfido's Artikel „Cronache dall'inferno telematico“, erschienen in TM Trentino Mese, Ausgabe Juni 2022.

Die Preisverleihung fand im Rahmen einer feierlichen Zeremonie am 10. November 2022 im Landtag statt. Dabei würdigte die Landtagspräsidentin Rita Mattei die Werke als wichtigen Beitrag für ein respektvolleres Gesprächsniveau in den Medien. Besonderer Dank gebührt dem Südtiroler Landtag, welcher bereitwillig das Preisgeld zur Verfügung gestellt hatte. Der Landesbeirat zieht eine positive Bilanz und fasst eine erneute Ausrichtung im Jahr 2023 ins Auge.



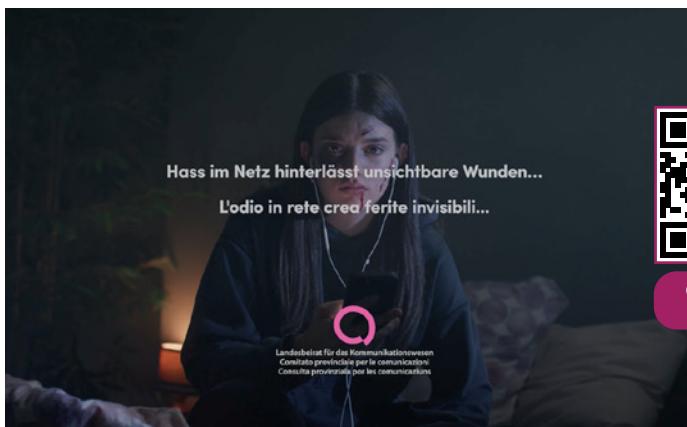
v.l.n.r. Pinuccia di Gesaro, Marco Sembenotti, Rita Mattei, Pino Loperfido, Inga Schmidt-Hosp, Elisabeth Mair und Roland Turk



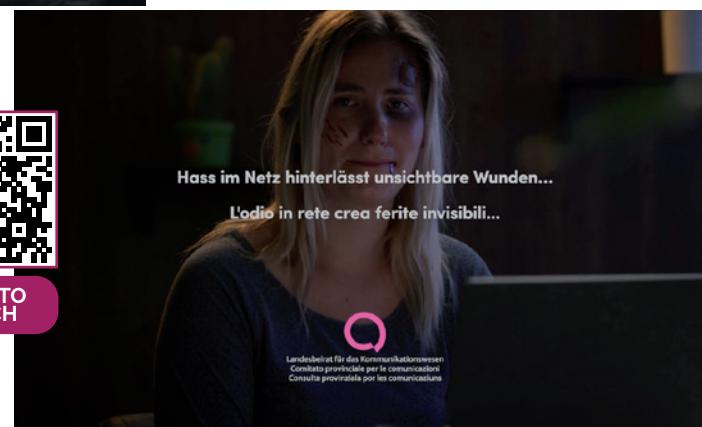
Die Preisträger Pino Loperfido und Inga Schmidt-Hosp

Kurzvideos „Hass im Netz hinterlässt unsichtbare Wunden“

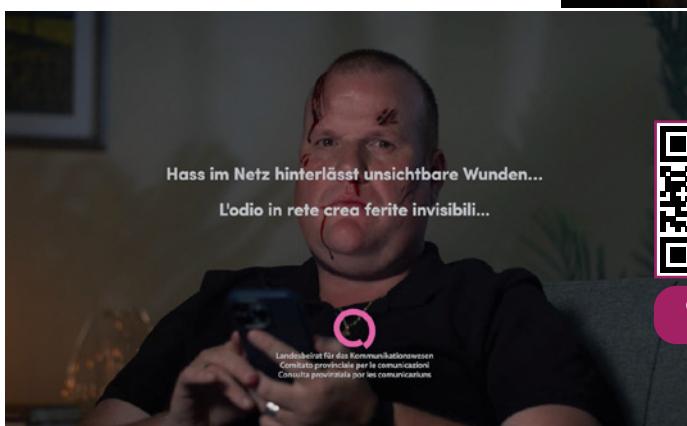
Eine zweite Initiative des Landesbeirates gegen Hate Speech bestand aus der Herstellung und Veröffentlichung dreier Videos, welche die für die Opfer schwerwiegenden Folgen der Anfeindungen veranschaulichen sollen. Der Entschluss zu dieser Aktion wurde bereits im Jahre 2021 gefasst und die Arbeiten im Vorjahr fertiggestellt. Die Kurzfilme zeigen auf, dass verbale Angriffe genauso tief – vermeintlich unsichtbare – Wunden verursachen wie körperliche Gewalt. Veröffentlicht wurden die Videos auf Südtiroler Onlineportalen und dem Social Media Auftritt des Landtages und sind auch auf der Homepage des Kommunikationsbeirates abrufbar. Der Landesbeirat plant fürs Jahr 2023 eine noch weiter reichende Verbreitung der Videos.



CLICK TO
WATCH



CLICK TO
WATCH



CLICK TO
WATCH

Vergleichende Studie im Bereich der Medienförderung

Das Büro des Landesbeirates hat im Auftrag des Amtes für Handel und Dienstleistungen eine vergleichende Studie über die Medienförderung in den beiden autonomen Provinzen Bozen und Trient durchgeführt. Ziel der Studie war die Erfassung der Unterschiede zwischen der Trentiner und der Südtiroler Regelung und deren Veranschaulichung anhand konkreter Beispiele. Dafür wurde eine Stichprobe von zwei TV-Sendern, zwei Radiosendern und zwei Onlinenachrichtenportalen ausgewählt, die in Südtirol um Landesmedienförderung angesucht hatten und die in Anwendung der Trentner Kriterien zustehenden Förderbeträge berechnet.

Die Studie brachte interessante Ergebnisse hervor: Beispielsweise müssen die TV-Sender in der Nachbarprovinz drei Journalisten beschäftigen, um in den Genuss von Beiträgen zu kommen. In Südtirol reicht einer. Im Gegensatz zur Südtiroler Regelung müssen Radiosender zumindest einen Journalisten bzw. Publizisten haben. Zudem spielen Zahlungen an Agenturen für die Herstellung von Inhalten bei der Berechnung der Fördergelder keine Rolle. Anders als in Südtirol, stehen Medienunternehmen die zusätzlich zu einem Onlinenachrichtenportal auch ein traditionelles Medium wie Radio- oder TV-Sender betreiben, höhere Fördergelder zu. Nach Informationen des LBK boten im Trentino im Jahr 2017, als das Fördergesetz entstand, nur solche Onlineportale Qualitätsjournalismus an.

Wie in unserem Land, werden auch in der Provinz Trient Lokalmedien gefördert, die für die Bevölkerung interessante Programme bzw. Artikel senden bzw. veröffentlichen.

Artikel über den LBK in einem wissenschaftlichen Fachbuch

Bereits vor geraumer Zeit wurde Beiratspräsident Turk um die Abfassung eines Beitrages für ein Handbuch zur Autonomie der Region Trentino- Südtirol gebeten. Das Werk, das den Titel „*Lineamenti di Diritto Costituzionale della Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol e delle Province Autonome di Trento e Bolzano/Südtirol*“ haben wird, soll demnächst erscheinen. Der Beitrag über die Kommunikationsbeiräte in Italien und, insbesondere, über den Südtiroler Beirat wurde aktualisiert und der Universität Innsbruck zur Verfügung gestellt. Das Buch wird beim Verlag Giappichelli erscheinen.

Zum Zwanzigjährigen der italienischen Landesbeiräte ist auch ein Werk mit dem Titel „*I Corecom nell'ordinamento della comunicazione*“ erschienen, welches die scheidende Koordinatorin der Beiratspräsidenten, Marianna Sala, herausgegeben hat. Es enthält Informationen über alle Beiräte und wird vom Verlag Rubbettino vertrieben.

Besuch aus Sachsen-Anhalt

Im Februar 2023 bekam der Südtiroler Landtag Besuch von einer Delegation des Landtages von Sachsen-Anhalt. Auch die sog. Anwaltschaften wurden miteinbezogen. Auf dem Besuchsprogramm stand daher auch ein Informationsgespräch mit dem Präsidenten des Landesbeirates für das Kommunikationswesen, im Zuge dessen Herr Turk die Aufgaben und Zuständigkeiten des Beirates erläuterte und die Fragen der bundesdeutschen Landtagsabgeordneten beantwortete. Diese kreisten schwerpunktmäßig um die Par-Condicio-Regelung, weil die Sinnhaftigkeit von Einschränkungen der Kommunikationstätigkeit politischer Mandatare in Vorwahlzeiten auch in Deutschland kontrovers diskutiert wird.

Expertengespräch über neue Standards der TV-Ausstrahlung

Der Bevollmächtigte der Corecoms in Sachen Sendetechnik im TV, Stefano Cuppi, kam im Februar 2022 nach Bozen, um sich mit der Rundfunkanstalt des Landes RAS und mit dem Beiratspräsidenten Turk über die Roadmap der italienischen Regierung auf dem Weg zum definitiven Umstieg auf den Fernsehstandard DVB-T2 auszutauschen. Cuppi, Präsident des Corecom Emilia Romagna, ist der Delegierte der Corecoms am Expertentisch zum Fernsehen (tavolo tecnico), welcher beim Ministerium MIMIT eingerichtet ist. Die Umstellung auf DVB-T2 dürfte sich den Informationen Cuppis zufolge verzögern.



Im Bild vlnr: Hugo Moroder, technischer Direktor der RAS, Peter Silbernagl, RAS-Präsident, Stefano Cuppi, Corecom Emilia Romagna, Roland Turk und Georg Plattner, Direktor der RAS

Die Beiräte der autonomen Regionen und ihre Initiativen

Die Kommunikationsbeiräte der autonomen Regionen Aostatal, Friaul Julisch Venetien, Sardinien, sowie der Provinzen Bozen und Trient bilden die Arbeitsgruppe „Medien und Minderheiten“, die den Sprachminderheiten zu mehr Medienpräsenz verhelfen will. Laut dem geltenden Rahmenabkommen zwischen den Vertretern der Regionen und der Aufsichtsbehörde AGCOM und den einzelnen Konventionen mit den Beiräten (siehe Anhang) sind nämlich die regionalen TV- und Rundfunksender verpflichtet, den sprachlichen Minderheiten in angemessenem Maße Gehör zu verschaffen und Stimme zu verleihen. Die Kommunikationsbeiräte sind demnach beauftragt, die Umsetzung dieser Auflage zu überwachen.

Die Arbeitsgruppe, deren erstes Treffen im Herbst 2019 in Bozen stattfand, hat in einem Dossier den Ist-Zustand der Medienangebote für Minderheiten in den autonomen Regionen erfasst und die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zusammengefasst. Dieses Papier wird laufend auf den neuesten Stand gebracht und kann deshalb u. A. dazu dienen, auch den Regionen mit Normalstatut die Formulierung von regionalen Gesetzen zur Stärkung des Medienangebotes in Minderheitensprachen zu erleichtern. In den Sitzungen der Arbeitsgruppe werden Informationen über die Präsenz der Sprachminderheiten in den Medien ausgetauscht

Der Präsident des LBK Roland Turk hatte 2019 mit seinem Kollegen aus dem Aostatal, Pier Paolo Civelli, die Arbeitsgruppe gegründet. Deren Sekretär ist Francesco Ciavattone, Direktor des Corecom Vallée d'Aoste.



Château de Montfleury: der Sitz des Corecom Aostatal

Die personellen Ressourcen des Kommunikationsbeirates

Gemäß dem Stelleplan des Südtiroler Landtages stehen für die Arbeit in den Büros des Beirates drei Personen zur Verfügung. Bei Redaktionsschluss dieses Tätigkeitsberichtes war Büroleiterin Siegrid Mair im Dienst, der Fachmann für die Schlichtungen der Streitsachen im Telekommunikationssektor, Mukesh Macchia und der Rechtsexperte Fabian Thaler. Bei Bedarf greift der Kommunikationsbeirat auf die Mitarbeit von zwei externen Rechtsanwältinnen zurück.

Alle Mitarbeiter leisten Hervorragendes und nahmen im Jahr 2022 an den Weiterbildungsprogrammen von AGCOM teil.



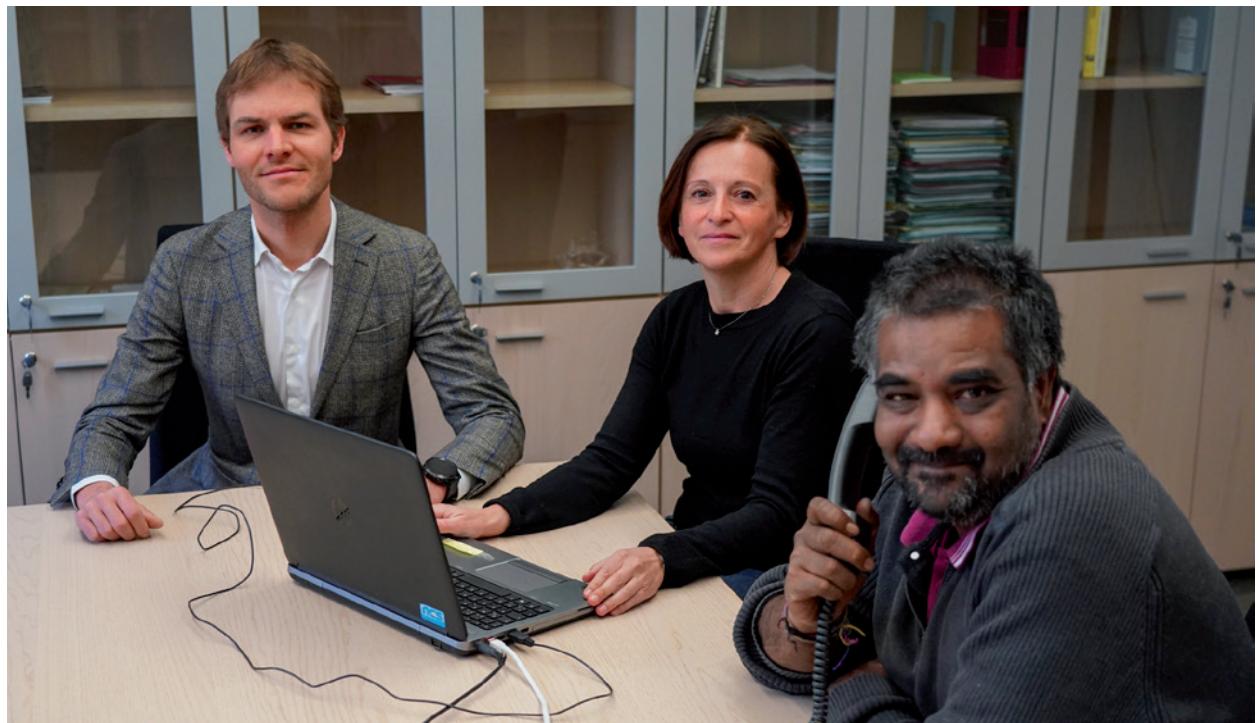
Siegrid Mair
Die Büroleiterin



Mukesh Macchia
Der Schlichter



Fabian Thaler
Der Rechtsexperte



Die Ausgaben des Beirates:

Für die Ausübung seiner vielschichtigen Tätigkeiten stehen dem Kommunikationsbeirat Gelder aus zwei Quellen zur Verfügung. Es handelt sich einerseits um Mittel des Südtiroler Landtags (der darüber hinaus u. A. die Fixkosten des Büros und die Gehälter des Personals übernimmt) und andererseits um Gelder, die AGCOM halbjährlich an den Beirat überweist. Letztere dienen dem Beirat zur Ausübung der Befugnisse, welche AGCOM mittels Konvention an ihn delegiert hat.

Wollte man eine Sozialbilanz ziehen, so fielen diese recht positiv aus, denn die AGCOM-Mittel bleiben im Lande und weiteres Geld fließt dank der außergerichtlichen Schlichtungen beim LBK in die Taschen der Familien und Unternehmen Südtirols zurück. Beträge, welche die Telekom-Anbieter ihren Kunden ungerechtfertigterweise in Rechnung gestellt hatten.

Tabelle:

EINGÄNGE (Tätigkeitsprogramm 2022)

Vom Landtag für den LBK bereitgestelltes Budget	55.000,00 Euro
---	-----------------------

AUSGÄNGE 2022

Kauf Roll-Up	366,00 Euro
Urkunden Journalistenpreis	117,20 Euro
Produktion Videos	20.252,00 Euro
Monitoring im Auftrag der Provinz	10.980,00 Euro
Insgesamt Ausgänge 2022	31.715,12 Euro

EINGÄNGE (AGCOM 2022)

1. Rate	45.824,46 Euro
2. Rate	14.324,45 Euro
Insgesamt Beitrag AGCOM 2022	60.148,91 Euro

AUSGÄNGE 2022

Ausgaben für die Schaltung der Videos	17.714,40 Euro
Monitoring lokale TV-Sender	12.200,00 Euro
Ausgaben für Schlichtungen erster und zweiter Instanz im Telefonsektor	1.853,49 Euro
Insgesamt Ausgänge 2022	31.767,89 Euro

Anlage: Konvention

CONVENZIONE PER IL CONFERIMENTO E L'ESERCIZIO DELLA DELEGA DI FUNZIONI AI COMITATI REGIONALI PER LE COMUNICAZIONI

rot. Datum | data prot. 17.02.2023
rot. Nr. | n. prot. LBK_0000103

TRA

L'AUTORITÀ PER LE GARANZIE NELLE COMUNICAZIONI

E

IL COMITATO PROVINCIALE PER LE COMUNICAZIONI BOLZANO

VISTA la legge 31 luglio 1997, n. 249, recante “*Istituzione dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni e norme sui sistemi delle telecomunicazioni e radiotelevisivo*” e, in particolare, l’art. 1, comma 13, che disciplina i Comitati regionali per le comunicazioni, funzionalmente organi dell’Autorità per le garanzie nelle comunicazioni (di seguito “Autorità”) per le esigenze di decentramento sul territorio;

VISTO l’art. 117, terzo comma, della Costituzione, che inserisce la competenza legislativa in materia di “*ordinamento delle comunicazioni*” tra le materie di legislazione concorrente tra Stato e Regione;

VISTO il decreto legislativo 30 giugno 2003, n. 196, recante “*Codice in materia di protezione dei dati personali recante disposizioni per l'adeguamento dell'ordinamento nazionale al regolamento (UE) n. 2016/679 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 27 aprile 2016, relativo alla protezione delle persone fisiche con riguardo al trattamento dei dati personali, nonche' alla libera circolazione di tali dati e che abroga la direttiva 95/46/CE*”;

VISTO il decreto legislativo 1° agosto 2003, n. 259, recante “*Codice delle comunicazioni elettroniche*” come modificato dal decreto legislativo 8 novembre 2021, n. 207, recante “*Attuazione della direttiva (UE) 2018/1972 del Parlamento europeo e del Consiglio, dell'11 dicembre 2018, che istituisce il Codice europeo delle comunicazioni elettroniche (rifusione)*”;

VISTO il decreto legislativo 8 novembre 2021, n. 208, recante “*Attuazione della direttiva (UE) 2018/1808 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 14 novembre 2018, recante modifica della direttiva 2010/13/UE, relativa al coordinamento di determinate disposizioni legislative, regolamentari e amministrative degli Stati membri, concernente il testo unico per la fornitura di servizi di media audiovisivi in considerazione dell'evoluzione delle realtà del mercato*” (di seguito, TUSMA);

VISTA la delibera n. 52/99/CONS, del 28 aprile 1999, recante “*Indirizzi generali relativi ai Corecom*”;

VISTA la delibera n. 53/99/CONS, del 28 aprile 1999, recante “*Regolamento per la definizione delle materie delegabili ai Corecom*”;

VISTA la delibera n. 223/12/CONS, del 27 aprile 2012, recante “*Adozione del nuovo Regolamento concernente l’organizzazione e il funzionamento dell’Autorità*”, come da ultimo modificata dalla delibera n. 434/22/CONS e, in particolare, l’articolo 9, comma 2, lettera q), secondo cui il Segretariato Generale cura i rapporti con i Comitati regionali delle comunicazioni e svolge tutte le attività necessarie per la verifica del rispetto dell’Accordo quadro e delle connesse Convenzioni, verificando l’efficacia e l’efficienza dell’esercizio delle funzioni ad essi delegate;

VISTA la legge della Provincia autonoma di Bolzano del 18 marzo 2002, n. 6, recante “*Norme sulle comunicazioni e provvidenze in materia di radiodiffusione*”, e s.m.i.;

VISTO l’Accordo Quadro tra l’Autorità, la Conferenza delle Regioni e delle Province autonome e la Conferenza dei Presidenti delle Assemblee legislative delle Regioni e delle Province autonome, di seguito denominato *Accordo Quadro 2023*, approvato dall’Autorità con delibera n. 427/22/CONS del 14 dicembre 2022;

CONSIDERATO che i CO.RE.COM. si attengono nell’esercizio delle deleghe conferite alle linee guida e ai manuali di procedure operative definiti dall’Autorità;

CONSIDERATE, le interlocuzioni avvenute tra le parti ai sensi dell’art. 2, commi 3 e 4, dell’*Accordo Quadro 2023*;

CONSIDERATO che, in base agli elementi acquisiti relativi all’adeguatezza della struttura organica del Comitato provinciale per le comunicazioni di Bolzano, anche tenuto conto dei carichi di lavoro pregressi, non sussistono condizioni ostative al conferimento delle deleghe;

RITENUTO, pertanto, alla luce dell’*Accordo Quadro 2023* di procedere alla stipula di una nuova Convenzione concernente il conferimento e l’esercizio della delega di funzioni al Comitato provinciale delle comunicazioni Bolzano;

SI CONVIENE

Articolo 1 (Premesse)

1. Le premesse costituiscono parte sostanziale e integrante della presente Convenzione.

**Articolo 2
(Oggetto della Convenzione)**

1. La presente Convenzione disciplina il rapporto tra l’Autorità e il Comitato provinciale per le comunicazioni Bolzano, (di seguito “CO.PRO.COM.”), per il conferimento e l’esercizio della delega delle funzioni in ambito provinciale nelle materie di cui al successivo articolo 5.
2. Le funzioni delegate sono esercitate dal CO.PRO.COM. nel rispetto dei principi, dei criteri direttivi e delle modalità attuative stabiliti dall’Autorità, anche attraverso linee guida e atti di indirizzo.

**Articolo 3
(Durata della Convenzione)**

1. La presente Convenzione ha durata quinquennale con decorrenza dal 1° gennaio 2023.

**Articolo 4
(Strutture dedicate)**

1. L’Autorità, nell’esercizio delle sue funzioni e nello svolgimento delle attività di coordinamento di propria competenza relative alla presente Convenzione, opera tramite un’apposita struttura individuata dalle disposizioni relative all’organizzazione interna.
2. Il CO.PRO.COM., nello svolgimento delle attività per l’esercizio delle deleghe, opera tramite una struttura dedicata, all’uopo specificamente individuata all’interno dell’organizzazione provinciale e nel rispetto dell’autonomia della stessa, così da assicurare l’adeguato svolgimento delle attività oggetto delle deleghe.

**Articolo 5
(Funzioni delegate)**

1. L’Autorità delega al CO.PRO.COM. l’esercizio delle funzioni di seguito indicate:
 - a) tutela e garanzia dell’utenza, con particolare riferimento ai minori, attraverso iniziative di educazione all’utilizzo dei media decentrate sul territorio nazionale da svolgersi nell’ambito delle attività di alfabetizzazione mediatica e digitale promosse dall’Autorità, anche in raccordo con altre istituzioni nazionali, tenendo conto delle

attività di *media education* promosse dagli stessi CO.RE.COM. nell’ambito di funzioni proprie previste dalle rispettive leggi regionali;

- b) esercizio del diritto di rettifica con riferimento al settore radiotelevisivo locale, relativamente alle funzioni istruttorie e decisorie in applicazione dell’articolo 35 del TUSMA;
 - c) vigilanza sul rispetto dei criteri fissati nel regolamento relativo alla pubblicazione e diffusione dei sondaggi sui mezzi di comunicazione di massa diffusi in ambito locale;
 - d) svolgimento del tentativo di conciliazione, limitatamente alle controversie tra enti gestori del servizio di comunicazioni elettroniche e utenti, e assunzione dei provvedimenti temporanei ai sensi degli artt. 3 e ss. del “*Regolamento sulle procedure di risoluzione delle controversie tra utenti e operatori di comunicazioni elettroniche o fornitori di servizi di media audiovisivi*”, di cui alla delibera n. 203/18/CONS e s.m.i.;
 - e) definizione delle controversie indicate all’articolo 14 del “*Regolamento sulle procedure di risoluzione delle controversie tra utenti e operatori di comunicazioni elettroniche o fornitori di servizi di media audiovisivi*”, di cui alla delibera n. 203/18/CONS e s.m.i., a esclusione di quelle concernenti operatori o utenti di altri Stati dell’Unione Europea di cui all’art. 25, comma 6, del Codice delle comunicazioni elettroniche e di quelle di cui all’art. 22, comma 1, del Regolamento di procedura. Ai fini del conferimento di tale delega, ciascun CO.RE.COM., nell’ambito della propria organizzazione interna, deve garantire la separazione tra la funzione di conciliazione e quella di definizione della controversia e, nell’ambito di questa, tra competenze istruttorie e decisorie. Al procedimento per la definizione delle controversie si applicano, in quanto compatibili, le norme del citato Regolamento;
 - f) vigilanza sul rispetto delle norme in materia di esercizio dell’attività radiotelevisiva locale, mediante il monitoraggio delle trasmissioni dell’emittenza locale privata, e della concessionaria pubblica, per l’ambito di diffusione provinciale, con particolare riferimento agli obblighi in materia di programmazione, anche a tutela delle minoranze linguistiche e dei minori, pubblicità e contenuti radiotelevisivi previsti dal TUSMA, come integrato dai Regolamenti attuativi dell’Autorità;
 - g) gestione delle posizioni degli operatori nell’ambito del Registro degli Operatori di Comunicazione secondo le linee guida fissate dall’Autorità e sotto il coordinamento della medesima. La delega comprende lo svolgimento, nell’ambito della rispettiva competenza territoriale, dei procedimenti di iscrizione e gli aggiornamenti delle posizioni all’interno del Registro nonché il rilascio delle certificazioni attestanti la regolare iscrizione.
2. L’attività di vigilanza si espleta attraverso il monitoraggio, anche su segnalazione di terzi, lo svolgimento della fase istruttoria e la trasmissione all’Autorità della relazione di chiusura, secondo le disposizioni normative e le modalità contenute nelle linee guida e negli indirizzi stabiliti dall’Autorità con apposito manuale di procedure operative.

Articolo 6 (Programma di attività)

1. Con riferimento all'esercizio delle funzioni delegate, il CO.PRO.COM. predisponde il programma annuale delle attività, da redigere secondo il modello individuato d'intesa con l'Autorità e da trasmettere alla medesima entro il 30 settembre di ogni anno.

Articolo 7 (Risorse finanziarie)

1. Per lo svolgimento delle attività relative all'esercizio delle funzioni di cui all'art. 5, l'Autorità assegna al CO.PRO.COM. un contributo il cui importo è calcolato secondo lo schema Tabella allegata alla citata delibera n. 427/22/CONS, in base alle funzioni delegate effettivamente svolte e al raggiungimento degli obiettivi di efficienza ivi indicati. L'onere relativo al contributo grava sul capitolo 1.03.1026.0 del Bilancio a partire dall'esercizio 2023. L'importo annuo massimo viene impegnato all'inizio dell'anno di competenza e liquidato secondo le modalità di cui al comma 2.
2. Ogni anno, a titolo di acconto, nel mese di giugno dell'anno di competenza, viene liquidato un importo corrispondente alla somma delle seguenti quote contributo di cui alla Tabella allegata alla delibera n. 427/22/CONS: "quota fissa", "quota popolazione", "quota superficie". Il saldo del contributo spettante al CO.PRO.COM., ad eccezione della "quota efficienza definizioni", è liquidato entro il mese di aprile dell'anno successivo, in base a quanto indicato nella relazione e nella rendicontazione di cui al successivo art. 10, previa attestazione dell'Ufficio CO.RE.COM. e coordinamento ispettivo dell'Autorità e fatta salva la necessità di un supplemento di istruttoria. Come indicato nella Tabella allegata alla delibera n. 427/22/CONS, la liquidazione della "quota efficienza definizioni" avviene entro il 31 luglio dell'anno successivo.

Articolo 8 (Collaborazione in settori di interesse comune)

1. L'Autorità e il CO.PRO.COM., ferme restando le rispettive sfere di competenza, possono disciplinare, con appositi atti aggiuntivi alla presente Convenzione, gli strumenti e le modalità di attuazione di interventi e iniziative di collaborazione in settori di interesse comune.
2. Nell'ambito delle funzioni delegate, l'Autorità può avvalersi del CO.PRO.COM. per le attività di supporto alle iniziative sul territorio, quali indagini conoscitive, ricerche di settore, divulgazione e promozione di progetti regionali, nazionali ed europei.

Articolo 9
(Formazione e aggiornamento del personale)

1. L’Autorità, al fine di favorire una maggiore conoscenza delle questioni relative alle funzioni e alle materie delegate al CO.PRO.COM., promuove attività di formazione e di aggiornamento, mediante l’espletamento di corsi, seminari, *workshop* e convegni.

Articolo 10
(Relazione annuale)

1. Il CO.PRO.COM. predispone una relazione annuale adeguatamente documentata sull’attività svolta in base al programma di cui all’art. 6 e sulla realizzazione degli obiettivi connessi all’esercizio delle funzioni delegate, da inviare all’Autorità entro e non oltre il 31 marzo di ogni anno, unitamente allo schema di rendicontazione delle attività.
2. L’Autorità svolge verifiche sulle attività delegate al CO.PRO.COM. anche mediante richieste di dati e di documentazione utile.

Articolo 11
(Principio di leale collaborazione)

1. Le parti, consapevoli della rilevanza degli interessi pubblici connessi all’esercizio delle funzioni delegate, si impegnano all’attuazione della Convenzione nel rispetto del principio di leale collaborazione.

Articolo 12
(Inadempimento, poteri sostitutivi e revoca delle funzioni)

1. In caso di accertato inadempimento, anche parziale, nell’esercizio delle funzioni delegate, da parte del CO.PRO.COM., l’Autorità assegna un termine per adempiere, decorso inutilmente il quale assume tutte le determinazioni necessarie al fine di esercitare i poteri sostitutivi.
2. Ove, anche a seguito dell’esercizio del potere sostitutivo di cui al comma 1, non risultino comunque utilmente esercitabili su base territoriale le funzioni delegate, in relazione alla gravità e alla durata dell’inadempimento, l’Autorità dispone la revoca, anche parziale, della delega delle relative funzioni e stabilisce il termine a far data dal quale viene revocato il contributo per le attività delegate non debitamente assolte.

3. Qualora, a fronte della cessazione delle funzioni del Consiglio provinciale, per scadenza del mandato o per altra ragione, la Provincia autonoma Bolzano non provveda alla costituzione del nuovo Comitato nel termine di 45 giorni decorrente dalla predetta cessazione, l'Autorità esercita le funzioni delegate sino all'insediamento del nuovo Comitato. In ogni caso la Provincia autonoma/Consiglio provinciale è tenuta/o a svolgere i relativi adempimenti propedeutici con diligenza e tempestività.
4. Nei giudizi relativi a provvedimenti adottati dal CO.PRO.COM. nell'esercizio delle funzioni delegate, la costituzione in giudizio è effettuata dall'Autorità per il tramite dell'Avvocatura generale dello Stato, in quanto titolare del potere delegato. Il CO.PRO.COM. trasmette senza indugio all'Autorità una dettagliata relazione sull'attività svolta unitamente alla connessa documentazione, al fine di consentire la tempestiva costituzione in giudizio e di assicurare una adeguata difesa. In caso di sistematico ritardo o di colpevole inadempimento nella trasmissione dei fascicoli, l'Autorità – valutata tale condotta – potrà disporre la revoca della delega delle funzioni relative agli atti oggetto di giudizio.

Articolo 13 **(Aggiornamento, modifica e integrazione della Convenzione)**

1. La presente Convenzione può essere modificata, integrata o aggiornata, in relazione a sopravvenute modifiche del quadro normativo e ai risultati delle verifiche sull'attività svolta, provvedendo alla conseguente quantificazione annuale delle risorse finanziarie.

La presente Convenzione è resa disponibile sul sito *web* dell'Autorità.

Il Presidente dell'Autorità per
le garanzie nelle comunicazioni
Giacomo Lasorella



Giacomo
Lasorella
AGCOM
14.02.2023
10:57:50
GMT+01:00

Il Presidente della
Provincia autonoma
Bolzano
Arno Kompatscher

Firmato digitalmente da: Arno Kompatscher
Data: 16/02/2023 12:49:03

La Presidente del
Consiglio provinciale
Bolzano
Rita Mattei

Firmato digitalmente da: Rita Mattei
Data: 16/02/2023 10:13:57

Il Presidente del
Comitato provinciale
per le comunicazioni
Bolzano
Roland Turk

Firmato digitalmente da: Roland Turk
Data: 14/02/2023 21:10:43



Landesbeirat für das Kommunikationswesen
Comitato provinciale per le comunicazioni
Consulta provinziala por les comunicaziuns

www.lbk-bz.org





Landesbeirat für das Kommunikationswesen
Comitato provinciale per le comunicazioni
Consulta provinciala por les comunicaziuns

20 ANNI CPC
2002 - 2022

RELAZIONE SULL'ATTIVITÀ SVOLTA - 2022 -



RELAZIONE SULL'ATTIVITÀ SVOLTA 2022

Comitato provinciale per le comunicazioni

Redatta in marzo 2023

In conformità alla normativa vigente, il Comitato (Corecom) presenta una relazione annuale all'Autorità per le Garanzie nelle comunicazioni AGCOM entro marzo di ogni anno e al Consiglio provinciale altoatesino entro maggio. Questa relazione descrive le principali attività e iniziative del Comitato nell'anno passato, ma affronta anche eventi e iniziative più recenti.

Comitato provinciale per le comunicazioni

39100 Bolzano | Via Dante, 9

Tel. 0471 946 040

info@cpc-bz.org | www.cpc-bz.org

PEC: kommunikationsbeirat.comprovcomunicazioni@pec.prov-bz.org

Orario per il pubblico (ricevimento in ufficio solo su appuntamento)

Lunedì, martedì e mercoledì: 09.00 – 12.00

giovedì: 09.00 - 12.00 e 14.30 – 17.00

venerdì: 09.00 - 12.00

Tutte le denominazioni riferite a persone includono entrambi i sessi

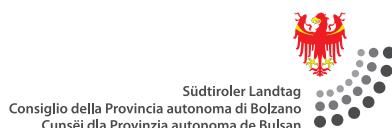
Grafica

Fuchsdesign

Foto copertina: Canva Pro

Foto pagina 6: Mohamed Hassan / Pixabay

Foto pagina 12: istock



INDICE

Firmato un nuovo accordo tra Roma e Bolzano	4
Il panorama dei media in Alto Adige	5
1. Che cos'è il Comitato? Cosa fa il Comitato?	7
Il Garante delle comunicazioni	9
Professionisti dei 3 gruppi linguistici si impegnano per un pluralismo nelle comunicazioni	9
2002-2022: I Corecom compiono 20 anni	10
2. Le funzioni proprie del Comitato per le comunicazioni	11
Consulenza e studi	12
Sostegno ai media	13
Modifica dei criteri	14
La Legge sulla Par Condicio	16
Elezioni politiche 2022	17
3. Le funzioni delegate del Comitato per le comunicazioni	19
Controversie con i fornitori di telecomunicazioni e la loro risoluzione	21
Il Corecom fa ripristinare linee o servizi interrotti con provvedimenti di urgenza	22
Controversie suddivise per fornitore e tipo di disservizio	22
Tutela dei minori nei media, monitoraggio dei programmi televisivi	25
Il diritto alla rettifica di notizie false	26
L'affidabilità dei sondaggi pubblicati sui media	27
Il ROC: uno strumento per accertare le concentrazioni nel settore dei media	28
4. Le insidie del www: odio e bulli	29
Hate Speech in rete, le iniziative del Corecom	30
Premio giornalistico „Contro l'odio in rete”	31
Videospot del Corecom: „L'odio in rete lascia ferite invisibili”	32
Consiglieri della Sassonia-Anhalt in visita, Meeting tra esperti di tecnologia tv	34
Il Gruppo di lavoro dei Corecom delle Regioni e Province autonome	35
Le risorse umane del Corecom	36
Le risorse finanziarie	37
Nuova convenzione tra AGCOM e Corecom	38

“

Firmato un nuovo accordo tra Roma e Bolzano. Regolamenta buona parte dei compiti del Comitato

L'inchiostro sulla carta è - metaforicamente parlando - ancora bagnato. La firma della nuova convenzione tra l'Autorità per le Garanzie nelle Comunicazioni AGCOM e il Comitato provinciale per le comunicazioni (Corecom) dell'Alto Adige è avvenuta nel febbraio di quest'anno: I firmatari: Giacomo Lasorella, Presidente AGCOM, Arno Kompatscher, Presidente della Provincia, la Presidente del Consiglio provinciale Rita Mattei e io in qualità di Presidente del Comitato.

Così ora - dopo diverse proroghe dell'accordo precedente che era del 2017 - c'è finalmente una nuova convenzione che regola il lavoro che il Corecom deve svolgere per conto dell'AGCOM. Lavoro che è legato al suo ruolo di garante della comunicazione.

Sebbene la nuova convenzione non tenga adeguatamente conto dei rapidi cambiamenti del settore dei media e delle comunicazioni (resta troppo difficile regolamentare un'industria il cui veicolo è il web mondiale), l'Autorità, con l'aiuto del Corecom, sta almeno cercando di fornire agli utenti di internet strumenti e conoscenze per guidarli in modo sicuro nel labirinto delle offerte sul web. Con la nuova convenzione, l'AGCOM si aspetta che i comitati regionali partecipino a iniziative di educazione ai media per i giovani e insegnino l'alfabetizzazione mediatica, o che si facciano carico di formare autonomamente i giovani all'uso dei media.

Un'altra novità della convenzione appena firmata è il fatto che l'AGCOM si sia assicurata in anticipo che il Corecom abbia risorse umane sufficienti per far fronte ai compiti che l'AGCOM gli affida. Lo registro con soddisfazione perché avevo già chiesto questa verifica molti anni fa. All'epoca invano.

Tutto sommato, anche il nuovo approccio al trasferimento dei fondi da Roma è da accogliere con favore. L'AGCOM vuole ora applicare per la prima volta una sorta di premialità. I Comitati che rispettano i tempi di risoluzione extragiudiziale delle controversie tra i fornitori di servizi di telecomunicazione e i loro clienti saranno ricompensati con uno stanziamento monetario più elevato. Non possiamo che esserne felici, perché il personale del Comitato di solito gestisce le controversie in modo rapido ed efficiente.

Roland Turk
Presidente

”

Il panorama dei media in Alto Adige

Uno degli obiettivi del rapporto di attività del Corecom è quello di descrivere la situazione attuale dei mezzi di informazione in Alto Adige

Mentre nella maggior parte delle regioni italiane l'azienda radiotelevisiva Rai detiene il ruolo di leader tra le redazioni locali, non è così nella nostra Regione. Qui la Rai si colloca al secondo posto dietro al gruppo Athesia, che con i suoi mezzi di informazione raggiunge più utenti di qualsiasi altra azienda di informazione in qualsiasi altra regione d'Italia, con un buon 75%.

Un dato interessante: la popolazione del Trentino-Alto Adige/Südtirol è più interessata alle notizie locali rispetto alla maggior parte delle altre persone in Italia. Solo gli aostani sono ancora più assidui fruitori dei media locali. Questi dati fondamentali sono i più attuali che AGCOM fornisce. Secondo questi dati, oltre al Trentino-Alto Adige, editori privati sono protagonisti di fronte alla Rai in altre 5 regioni.

Su quest'ultima grava una particolare responsabilità (accountability) rispetto a un giornalismo pluralistico, obiettivo e imparziale. La Rai, in quanto mezzo di comunicazione di servizio pubblico, ha il dovere di prestare particolare attenzione a garantire un'informazione equilibrata che tenga conto di tutti gli aspetti di una notizia, e le autorità di vigilanza devono monitorare attentamente questo aspetto, ha dichiarato l'AGCOM.

Il monitoraggio delle aziende mediatiche private, invece, si applica solo alle loro stazioni televisive. Gli altri generi di media commerciali, come i quotidiani o le riviste online, sono completamente liberi nelle loro notizie. Solo i codici deontologici dei giornalisti possono fungere da linee guida per il comportamento professionale.

In Alto Adige, lo Stato finanzia le trasmissioni tedesche e ladine della Rai con 20 milioni di euro all'anno; una somma che corrisponde alla giustificata aspettativa di contenuti di alta qualità in termini di tecnologia e contenuti. Gli altri media altoatesini che non svolgono un mandato di servizio pubblico sono sostenuti finanziariamente dal governo provinciale con contributi. Si tratta essenzialmente di stazioni radiofoniche commerciali, emittenti televisive e media online, e in piccola parte di stazioni radiofoniche comunitarie, quele che non perseguono scopo di lucro. In totale, quasi 40 media di informazione beneficiano di finanziamenti da parte della Provincia (maggiori dettagli nel capitolo „Sostegno ai media“).

L'elevato numero di media finanziati equivale anche a un'ampia varietà di contenuti? Non nella misura che il gran numero di media sovvenzionati potrebbe far pensare. Ma una certa concentrazione di media è inevitabile da un punto di vista economico, vista la difficile situazione finanziaria del settore dell'informazione. I giornali vendono sempre meno e da qualche anno i quotidiani online si stanno orientando verso l'offerta di contenuti a pagamento in aggiunta ai contenuti disponibili gratuitamente. Gli utenti sembrano essere restii di fronte a questa strategia. Ormai sembrano essersi abituati a ottenere informazioni da Internet in modo completamente gratuito.

La Provincia monitora il fenomeno dei contenuti a pagamento e – dall'altra parte – studia la possibilità di un finanziamento speciale per testate online molto piccole. A favore di una maggiore varietà di media di qualità.

Ma anche se questo non dovesse accadere o se la Provincia dovesse addirittura tagliare i suoi sussidi ai media, il nostro mondo mediatico non sarebbe davvero in pericolo. Perché c'è il Governo romano, che si prende carico di sussidiare ca. un migliaio di media locali su tutto il territorio nazionale. Soprattutto della carta stampata, ma anche le televisioni private locali, gli operatori radiofonici e i giornali online. In Alto Adige, lo Stato garantisce la sopravvivenza di una buona dozzina di media attraverso i suoi contributi. Una solida offerta informativa è quindi garantita grazie alle sovvenzioni statali.



1.



CHE COS'È IL COMITATO?
COSA FA IL COMITATO?



Roland Turk
Presidente



Roberto Tomasi
Vicepresidente



Judith Gögele



Eberhard Daum



Gerhard Vanzi



Burkard Zozin



Che cos'è il Comitato?

Il Garante dei media e della comunicazione in Alto Adige

Il Comitato provinciale per le comunicazioni (Corecom o Coprocom) è un organismo di governo, di garanzia e vigilanza del sistema di comunicazione in Alto Adige. Le sue competenze coprono una vasta area: dalla teleradiodiffusione alle telecomunicazioni, dalla stampa alle attività di comunicazione delle amministrazioni pubbliche. Il Comitato è insediato presso il Consiglio provinciale, ma allo stesso tempo è un organo funzionale dell'Autorità per le Garanzie nelle comunicazioni AGCOM: in un certo senso la sua succursale altoatesina.



Chi forma il Comitato?

Professionisti del settore mediatico di tutti e tre i gruppi linguistici

Il Comitato è composto da sei esperti del settore delle comunicazioni, dell'informazione, delle telecomunicazioni. È presieduto dal Presidente, che è stato nominato dalla Giunta provinciale all'inizio della legislatura. Anche il vicepresidente venne nominato dalla Giunta, mentre gli altri quattro membri furono eletti a scrutinio segreto dal Consiglio provinciale. Con l'inizio della prossima legislatura sarà il Consiglio provinciale ad eleggere tutti i componenti del Corecom. La composizione del comitato deve comunque rispettare la rappresentanza proporzionale dei gruppi linguistici presenti in Alto Adige, garantendo anche la presenza del gruppo linguistico ladino.



Cosa fa il Comitato?

Si impegna per il pluralismo nel settore delle comunicazioni

Le competenze del Corecom sono suddivise in funzioni „proprie“ e „delegate“, in quanto il Comitato è allo stesso tempo un'Autorità di garanzia indipendente della Provincia dell'Alto Adige, e un organo funzionale dell'Autorità AGCOM. Quest'ultima delega alcune funzioni di controllo rilevanti nel settore dei media e della comunicazione ai Comitati regionali e, nel nostro caso, provinciali.

2002-2022: I Corecom compiono 20 anni

Il Comitato provinciale per le comunicazioni, come la maggior parte degli altri comitati, i cosiddetti „Corecom”, festeggiava nel 2022 il suo 20° anniversario. L'anniversario è stato celebrato il 10 marzo con un evento al Senato a Roma, al quale hanno partecipato anche il Presidente del Comitato Roland Turk e la collaboratrice Siegrid Mair. L'istituzione dei Corecom è stata decisa dalla legge n. 349/1997 (la cosiddetta Legge Maccaico). Il Corecom Bolzano è stato istituito con la legge Provinciale del 18 marzo 2002, n. 6 e poi disciplinata nuovamente dalla legge Provinciale del 9 ottobre 2020, n. 11.



2.



LE FUNZIONI PROPRIE DEL COMITATO PER LE COMUNICAZIONI

I suoi poteri sono sanciti dalla legge provinciale n. 6/2002 e 11/2020, nonché dalle leggi statali n. 223/1990, n. 249/1997 e n. 28/2000.



Consulenze e studi

Il Corecom è l'organo consultivo della Provincia in tutte le questioni di comunicazione:

- fornisce consulenza alla Provincia nel settore della promozione dei media;
- può fare proposte all'emittente pubblica RAI in merito alla trasmissione di programmi locali;
- commissiona studi e indagini con l'obiettivo di migliorare la qualità del settore mediatico.

Ci sono novità da segnalare per quanto riguarda l'adeguamento a un livello di qualità tecnica contemporanea delle trasmissioni di Rai Bolzano. Nel dicembre 2022, il Presidente del Comitato, Roland Turk, ha consegnato una lettera al sottosegretario di Stato per l'Informazione e l'Editoria, Alberto Barachini, chiedendo che la Rai in Alto Adige trasmetta in HD. Barachini era già presidente della Commissione parlamentare Rai prima della sua nomina a sottosegretario e dovrebbe, quindi, conoscere bene le agende della Rai. Nel frattempo, la Rai in Alto Adige è passata a un primo livello di immagini televisive ad alta definizione. Questa prima fase del passaggio alla televisione ad alta definizione è avvenuta su insistenza di varie parti. La voce del Comitato è stata solo una di queste. La fase finale del passaggio sarà l'introduzione del sistema di trasmissione DVB-T2.



Incontro con il Segretario di Stato Barachini (al centro)



Sostegno ai media

Per promuovere il pluralismo, la diversità di opinioni e un'ampia gamma di informazioni in Alto Adige, la Provincia sovvenziona le emittenti radiofoniche e TV locali e i portali informativi online. L'importo erogato dalla Provincia per il finanziamento dei media è costante da anni e si è assestato a circa 1,5 milioni di euro all'anno.

Le domande di sussidi per i media devono essere presentate all'Ufficio Commercio e Servizi. Tuttavia, il Comitato provinciale svolge una funzione di controllo regolamentata dalla legge, ossia verifica le domande, ma limitatamente alla sussistenza dei seguenti requisiti necessari per ricevere i contributi: l'iscrizione nel registro degli operatori delle comunicazioni (ROC) o nel registro della stampa presso il Tribunale, la concessione radiotelevisiva, nonché, in alcuni casi, la copertura del territorio provinciale o della sua popolazione dalle emittenti radiotelevisive. In casi specifici, il Corecom verifica anche la quantità minima richiesta di contenuti incentivabili, che sono contenuti di interesse locale.

Nel 2022, un totale di 38 media ha presentato domanda di sussidi provinciali: 17 emittenti radiofoniche private, 4 emittenti televisive e 17 portali informativi online. Dall'entrata in vigore della legge sui contributi alla fine del 2015 a oggi, la ponderazione degli importi dei contributi si è gradualmente spostata: gli editori che possiedono più media hanno visto i loro contributi leggermente ridotti a favore degli imprenditori che gestiscono solo un mezzo di informazione.

Si nota che sempre più spesso anche le aziende mediatiche non altoatesine chiedono i contributi alla Provincia. 2 emittenti televisive su 4 sono gestite da proprietari trentini, una è in possesso di proprietari lombardi.

Anche un portale informativo online con contenuti locali per l'Alto Adige è gestito da un editore trentino. Al contrario, è emerso che un portale online altoatesino ha richiesto con successo fondi alla Provincia autonoma di Trento. Rispetto all'Alto Adige, il governo trentino sostiene un numero decisamente inferiore di imprenditori dei media.

In Trentino ci sono circa 20 richiedenti, in Alto Adige quasi 40. Forse la soglia di accesso più elevata del Trentino è la causa di questa differenza.

Attualmente, l'Ufficio del commercio e dei servizi sta ispezionando le domande presentate negli anni 2018, 2019 e 2020.

Nel frattempo, è emerso che l'Ufficio ha anche revocato due dei contributi erogati a favore di un'emittente radiofonica. All'emittente è stato chiesto di restituire i contributi provinciali ricevuti per il 2021 e il 2022 per alcune irregolarità.

Secondo le sue stesse dichiarazioni, l'Ufficio presenterà anche un esposto alla Procura della Repubblica a questo proposito.

Modifica dei criteri

Dopo aver consultato il Comitato, la Giunta provinciale ha modificato i criteri per il finanziamento dei media e ha creato nuovi incentivi. Le emittenti radiofoniche che trasmettono musica altoatesina - ovvero musica prodotta in Alto Adige o da musicisti che risiedono o risiedevano in Alto Adige - ricevono sovvenzioni maggiori. D'altra parte, i media online che sono espressioni di giornali stampati, che sono insomma curati dalla stessa redazione, ricevono meno contributi rispetto al passato.

Nel 2023, la legge sul finanziamento dei media sarà nuovamente modificata e i criteri per il finanziamento dei media saranno adeguati. Al momento di andare in stampa, si sapeva che i portali di notizie online, per poter beneficiare delle sovvenzioni, devono richiedere all'utente di fornire un numero di cellulare personale a scopo di verifica durante il processo di registrazione nei forum. **In questo modo sarà più facile rintracciare gli haters - una misura preventiva contro l'hate speech.**

Anche i compiti del Corecom saranno rivisti in questa occasione. Ciò è dovuto principalmente al fatto che l'anno scorso ci sono stati dei malintesi sulle sue responsabilità. A causa di un cambio di personale nell'amministrazione competente, l'interpretazione autentica dei compiti di controllo del Corecom era stata apparentemente dimenticata. Questa interpretazione autentica è stata esposta in una lettera al Presidente del Comitato provinciale nel 2021. La lettera è stampata qui di seguito.

Dal 2021, l'accettazione delle domande, la loro lavorazione e il pagamento dei contributi per i media sono affidati a un solo dipartimento: l'Ufficio commercio e dei servizi.

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL
Wirtschaft
Amt für Handel und Dienstleistungen



PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE
Economia
Ufficio Commercio e servizi

Bozen, 05.08.2021

Bearbeitet von:
Bruno Fontana

An den Präsident
Des Landesbeirats für
Kommunikationswesen
Dr. Roland Turk

roland.turk@lbk_bz.org

Anfrage um Erläuterungen zum Beschluss der Landesregierung Nr. 1366/2015

Sehr geehrter Präsident, lieber Roland,

ich beziehe mich auf deine Anfrage welche am 10. Juli 2021 übermittelt wurde und teile Folgendes mit:

Es wird bestätigt, dass in Anbetracht des Art. 4/ bis, Absatz 1, und des Art. 7 der geltenden Bestimmungen, der Landesbeirat für Kommunikationswesen zwar verpflichtet ist die Richtigkeit der im Gesuch abgegebenen Erklärungen zu überprüfen, dies betrifft allerdings das Erfüllen von Seiten der Antragsteller der erforderlichen Voraussetzungen, um als Fernseh – Radiosender oder Online Nachrichtenportal eingestuft zu werden und somit auf eine eventuelle Beitragsgewährung Anrecht zu haben.

Was hingegen die Überprüfung weiterer Erklärungen betrifft wie z. B. die Eintragung der antragstellenden Unternehmen in das Handelsregister oder jene, die den Ausmaß der Lohnkosten für Journalisten oder andere Mitarbeiter, die Zahlungen an Agenturen oder sonstige Dritte, die mit der Herstellung oder Verbreitung förderwürdiger Inhalte beauftragt werden, so ist dafür das Amt für Handel und Dienstleistungen im Rahmen der Bearbeitung der Gesuche oder im Verlauf der späteren Stichprobenkontrollen zuständig.

Mit freundlichen Grüßen

Bruno Fontana
Der geschäftsführende Amtsdirektor
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Firmato digitalmente da Bruno Fontana
Limite d'uso: Explicit Text. Questo certificato rispetta le raccomandazioni previste dalla Determinazione Agid N. 121/2019
Data: 05/08/2021 08:27:48

Landhaus 5, Raiffeisenstraße 5 - 39100 Bozen
Tel. 0471 41 37 40
<http://www.provinz.bz.it/wirtschaft>
handel.commercio@pec.prov.bz.it
handel@provinz.bz.it
Steuernr./Mwst.Nr. 00390090215

Palazzo 5, via Raiffeisen 5 - 39100 Bolzano
Tel. 0471 41 37 40
<http://www.provincia.bz.it/economia>
handel.commercio@pec.prov.bz.it
commercio@provincia.bz.it
Codice fiscale/Partita Iva 00390090215

Il caporedattore e il direttore responsabile di un quotidiano querelati per diffamazione a mezzo stampa

I malintesi sopra descritti sulla divisione delle funzioni tra il Corecom e l'amministrazione provinciale hanno spinto un giornalista di un quotidiano a scrivere una serie di articoli volti a screditare in modo massiccio il Comitato, il suo personale, ma soprattutto il Presidente del Corecom. La serie di articoli era costellata di falsità e accuse diffamatorie, tanto che il Presidente del Comitato si è sentito in dovere di presentare una querela alla Procura della Repubblica presso il Tribunale di Bolzano per diffamazione a mezzo stampa. Le false accuse contenute negli articoli erano talmente oltraggiose che l'offeso non ha potuto evitare di sporgere querela per diffamazione massiva della sua persona, al fine di smascherare le ipotesi del giornalista, campate in aria, come false.

La querela è diretta anche contro il direttore responsabile del quotidiano, in particolare per aver colpevolmente omesso di controllare i contributi editoriali dell'autore e per non aver cancellato i commenti diffamatori dei lettori.



La Legge sulla Par Condicio

Il Comitato vigila sull'osservanza della legge statale n. 28/2000 sulla par condicio e, in caso d'infrazione, svolge l'attività istruttoria in base alla quale l'Authority AGCOM infligge le sanzioni. Le stazioni radio e le televisioni sono obbligate, specialmente in periodi preelettorali, ad assicurare il pluralismo.

Durante le ultime settimane antecedenti alle elezioni le attività di comunicazione delle amministrazioni pubbliche sono fortemente limitate dalla legge sulla par condicio. La ratio di questa restrizione è quella di impedire alle amministrazioni pubbliche di presentare il proprio operato in modo particolarmente positivo con l'intento di convincere gli elettori a confermare, con il loro voto, la loro fiducia agli amministratori uscenti. I mezzi stampati e online, invece, sono soggetti solo marginalmente alla par condicio.



Elezioni politiche 2022

La crisi di governo all'inizio del 2022 ha portato alle elezioni politiche anticipate di settembre. Il Corecom ha risposto a diverse domande e quesiti nell'ambito delle sue competenze di organo consultivo sulla par condicio. Inoltre, il Corecom ha dovuto affrontare alcune di segnalazioni, ma il rispetto delle disposizioni della par condicio è stato garantito da pronti interventi da parte del Presidente del Comitato.

Un caso piuttosto singolare è stato quello di una candidata al Parlamento che, dopo la registrazione di un dibattito televisivo, ha chiesto con veemenza che le sue dichiarazioni venissero cancellate o tagliate. Un tale intervento a posteriori in un programma registrato non è consentito dal regolamento della Par Condicio. Il regolamento della par-condicio stabilisce che le registrazioni televisive devono essere effettuate come se fossero trasmissioni in diretta.

Elezioni amministrative a Castelrotto

Il 13 novembre 2022 si sono svolte le elezioni amministrative nel Comune di Castelrotto, ovvero le elezioni del sindaco e dei consiglieri comunali. Il voto anticipato si è reso necessario perché la Giunta provinciale, nella sua funzione di organo di controllo, ha sciolto il Consiglio comunale di Castelrotto. Dal punto di vista della par condicio, le elezioni si sono svolte in modo tranquillo; tuttavia, il fatto che il mensile del comune non abbia permesso ai gruppi in corsa per le cariche di presentare i loro programmi e i loro candidati ha spinto un gruppo a informarsi presso il Comitato sulla legittimità di questa decisione editoriale. Gli editori dei giornali comunali sono liberi di prendere le loro decisioni in merito.



Le funzioni proprie del Comitato per le comunicazioni

3.



LE FUNZIONI DELEGATE DEL COMITATO PER LE COMUNICAZIONI

Le funzioni delegate del Corecom

Dai primi anni di questo secolo, l'Autorità di vigilanza AGCOM ha trasferito gradualmente un numero sempre maggiore di funzioni ai Comitati regionali. Lo ha fatto con apposite Convenzioni con validità pluriennale, che venivano costantemente prorogati negli ultimi anni. C'è una novità. Come già accennato nella premessa di questa relazione sull'attività svolta, è stato finalmente raggiunto un nuovo "accordo quadro" ed è stata stipulata una nuova convenzione basata su di esso tra l'Autorità e la Comitato provinciale per le comunicazioni dell'Alto Adige. Le novità riguardano, tra l'altro, un rafforzamento delle responsabilità nell'ambito della media education, ovvero la formazione dei giovani al rapporto con i media. La convenzione porta le firme dei presidenti di AGCOM, della Provincia, del Consiglio provinciale e del Corecom.

Le deleghe:

-  **Tutela e garanzia dell'utenza, con particolare riferimento ai minori** nella radio, nella TV e nei nuovi media. In quest'ultimo caso attraverso iniziative di educazione all'utilizzo dei media, nell'ambito delle iniziative di alfabetizzazione mediatica e digitale dell'AGCOM, anche in collaborazione con altre istituzioni nazionali;
-  **Diritto di rettifica di notizie false** nelle radio e televisioni locali;
-  **Vigilanza** sul rispetto dei criteri normativi in materia della pubblicazione dei sondaggi nei mass media locali;
-  **Svolgimento del tentativo obbligatorio di conciliazione** nelle controversie tra utenti e fornitori di servizi di telecomunicazione;
-  **Gestione dei procedimenti di secondo grado** tra utenti e fornitori di servizi di telecomunicazione e definizione delle controversie;
-  **Monitoraggio delle televisioni locali** in relazione al pluralismo nei programmi d'informazione, alla tutela dei minori, alle limitazioni previste per la pubblicità e all'obbligo di trasmettere programmi autoprodotti;
-  **Gestione del registro** degli operatori locali di comunicazione ROC.

Le singole funzioni delegate e il loro esercizio nei dettagli

Controversie con i fornitori di telecomunicazioni e la loro risoluzione.

Nel settore delle telecomunicazioni e per i clienti delle TV a pagamento si è ormai affermata l'Online Dispute Resolution ODR, ovvero la risoluzione stragiudiziale delle controversie tramite la piattaforma online Conciliaweb. Le procedure sono digitalizzate: l'accesso al sistema di conciliazione gratuita avviene previa registrazione a mezzo SPID (Sistema Pubblico di Identità Digitale) o tramite la carta d'identità elettronica (CIE).

I consumatori che non sono in possesso di nessuna delle due possono rivolgersi ai centri di tutela dei consumatori. Il Centro Tutela Consumatori Utenti dell'Alto Adige è accreditato su Conciliaweb e assiste i propri soci nelle controversie con i fornitori di telecomunicazioni. Lo stesso vale per l'Unione Agricoltori e Coltivatori diretti Sudtirolese. Oltre ai Centri per i consumatori, anche gli avvocati e i commercialisti sono autorizzati a rappresentare i loro clienti nelle procedure di risoluzione delle controversie su Conciliaweb.

Nell'ultimo trimestre del 2022 è stata resa operativa la nuova versione della piattaforma Conciliaweb 3.0. Un'importante novità, in vigore dal 1° febbraio 2023, consiste nella possibilità di condurre procedimenti di conciliazione anche nei confronti dei fornitori di servizi di media audiovisivi (ad esempio Dazn). Tuttavia, queste controversie sono - almeno per il momento – di competenza dell'Autorità AGCOM a Roma. In ogni caso, l'Autorità sta pianificando la successiva espansione del portale di conciliazione per i prossimi anni.

Lo staff del Comitato provinciale per le comunicazioni è a disposizione di tutti i cittadini - con particolare attenzione agli „utenti deboli“ – per consigli e assistenza e, in caso di necessità, per fornire l'aiuto necessario per la presentazione delle istanze di conciliazione.

I servizi del Corecom sono gratuiti perché è l'organo ufficiale di conciliazione della provincia.

Conciliaweb, la piattaforma digitale per la risoluzione delle controversie fra operatori di comunicazione e la loro clientela, in Alto Adige è gestita dal Corecom. La conciliazione mediante Conciliaweb e dinanzi al Comitato è gratuita per tutti i clienti dei servizi di telecomunicazione (e pay tv), indipendentemente dal fatto che abbiano concluso un contratto business o che siano utenti privati. Il tentativo di conciliazione è obbligatorio prima di qualsiasi passaggio in tribunale.

La risoluzione delle controversie tra i fornitori di servizi di telecomunicazione e i loro utenti è il compito più impegnativo del Comitato, in termini del lavoro che richiede. Tuttavia, si tratta sicuramente di una delle competenze del Comitato con il maggior impatto, in quanto è aperta a tutti gli utenti telefonici (privati, imprese e amministrazioni pubbliche).

La risoluzione delle controversie offre alle aziende e alle famiglie l'opportunità di risolvere i problemi telefonici in una procedura rapida e semplice e, soprattutto, di recuperare importi fatturati ingiustamente.

In sintesi:

- La **conciliazione** nel settore telefonico e della televisione a pagamento può essere esperita senza l'assistenza di un legale;
- è **obbligatoria** prima di andare in tribunale;
- ha la finalità del raggiungimento di un **accordo** che soddisfi tutte le parti;
- il **conciliatore** è indipendente e neutrale, in quanto è nominato dal Comitato.

Nel 2022 sono state presentate 656 istanze di conciliazione. Un numero poco più elevato rispetto alle 601 istanze presentate l'anno precedente. Questo leggero aumento non è in linea con la tendenza di altre regioni italiane, dove il numero di conciliazioni è in leggera diminuzione. Molto probabilmente si è avverato quanto ipotizzato dal Comitato lo scorso anno, ovvero che sempre più cittadini si adattano alla digitalizzazione e attivano lo SPID o ottengono la carta d'identità elettronica e hanno, quindi, accesso al Conciliaweb. In linea di massima, i numeri sono rimasti abbastanza costanti.

Con provvedimenti di urgenza il Comitato può far ripristinare linee o servizi interrotti

Sul Portale Conciliaweb i clienti telefonici hanno, inoltre, la possibilità di richiedere il ripristino immediato del servizio in caso di interruzioni, sospensioni o malfunzionamenti. In questo modo, il Corecom invita la compagnia telefonica a ripristinare temporaneamente la fornitura del servizio fino alla risoluzione della controversia. Nel 2022 sono state avviate complessivamente 37 domande per tali misure di emergenza. In questo caso, un numero più basso di quello dell'anno precedente. Allora erano 45.

Controversie suddivise per fornitore

A livello statistico risulta molto interessante anche il numero di istanze presentate per ogni operatore. Il seguente grafico quantifica le controversie trattate dal Comitato nel 2021 per ogni operatore. Bisogna però chiarire che il numero di controversie per fornitore di telefonia non è affatto indicativo della loro affidabilità o della qualità dei loro servizi.

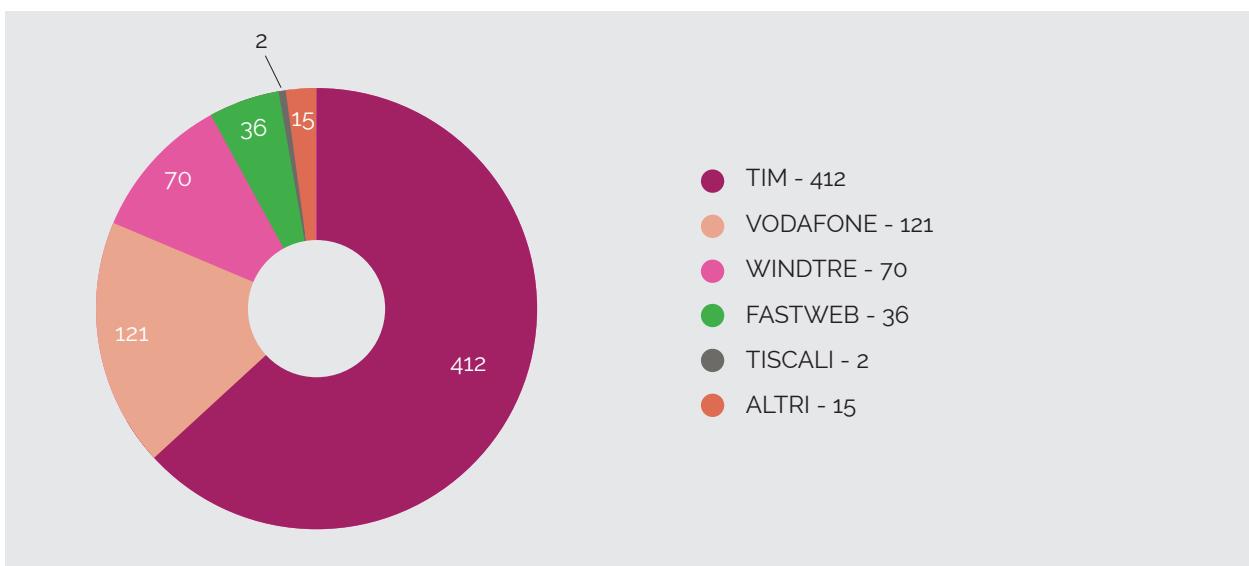
La classifica dei principali fornitori di telecomunicazioni è simile a quella del loro fatturato, i fornitori con un fatturato elevato generano un numero elevato di controversie: il fatturato di TIM è circa tre volte superiore a quello di WindTre e Vodafone. Tuttavia, questo non è necessariamente vero per il numero di clienti, come mostra la relazione annuale dell'AGCOM.

Nella sua relazione annuale, l'Autorità raccoglie regolarmente, tra le altre cose, i dati relativi ai clienti e al fatturato dei principali fornitori di telecomunicazioni.

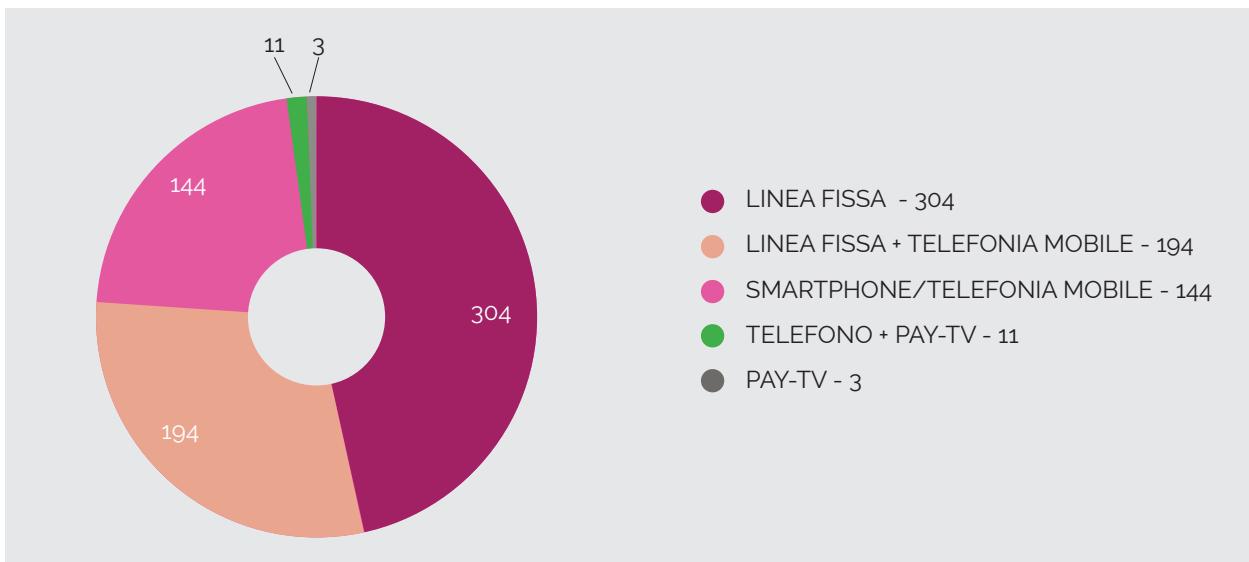
Secondo i dati relativi ai clienti, il principale fornitore di telefonia fissa è ancora TIM, con una quota di mercato di circa il 45%. Seguono, nell'ordine, Vodafone, Wind e Fastweb, tutti e tre con quote altrettanto consistenti del 13-16%.

Per quanto riguarda le connessioni mobili, „The Big 3“ sono in corsa per il primo posto: Windtre è leggermente in vantaggio su TIM e Vodafone, seguiti da Iliad.

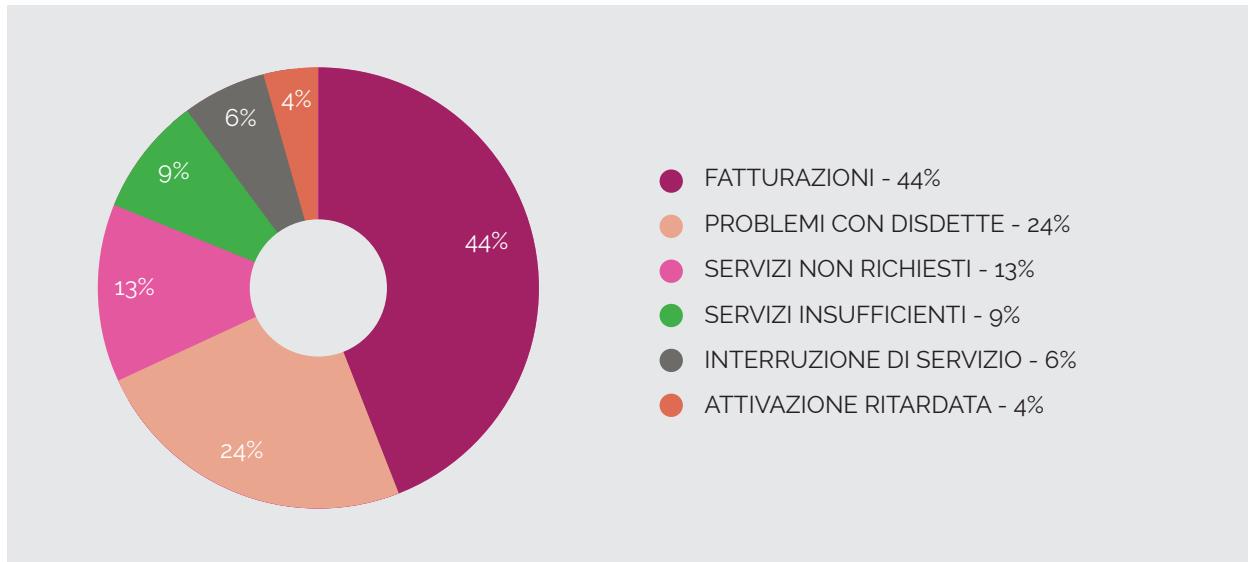
Controversie per operatore



Controversie per tipologia di utenza



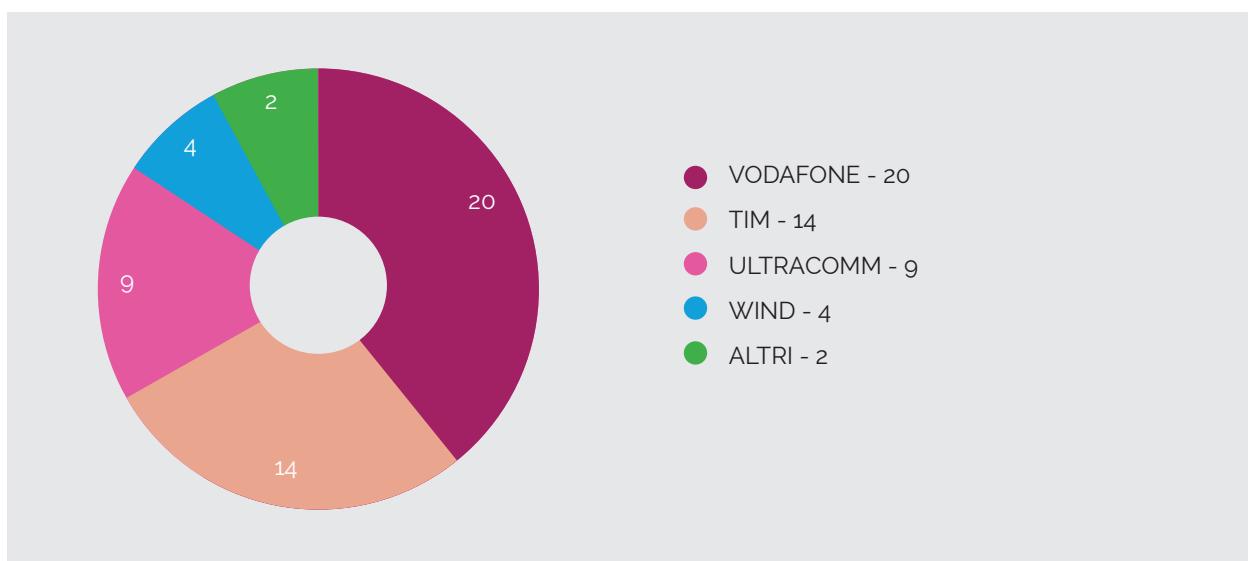
Conciliazioni per materia



Il secondo grado: si decidono qui le controversie più complesse

Se il tentativo di conciliazione fallisce, il cliente ha due possibilità: può rivolgersi al tribunale o avviare il procedimento di secondo grado davanti al Corecom. Nell'ipotesi in cui nemmeno nella procedura di definizione si riesca a raggiungere un accordo tra il cliente e il gestore telefonico, è il Comitato a decidere sulla controversia. Nel 2022, l'ufficio del Comitato ha ricevuto 51 istanze di definizione della controversia. Questo dato è costante, poiché nel 2021 erano 45 e l'anno precedente 54.

Istanze di definizione della controversia per operatore



Tutela dei minori nei media: il Corecom esercita una funzione di vigilanza

Il Comitato provinciale per le comunicazioni presta particolare attenzione alla protezione dei bambini e dei giovani in televisione e nei nuovi media. Le vigenti leggi sui media vietano la trasmissione di contenuti che potrebbero pregiudicare lo sviluppo mentale e morale degli spettatori minorenni. Le emittenti che ignorano la protezione dei minori non solo sono multate, ma anche escluse dai contributi statali e provinciali.

Nel 2022, fortunatamente, al Comitato non è pervenuta alcuna segnalazione di violazione delle disposizioni a tutela dei minori in televisione. Nemmeno d'ufficio sono state accertate infrazioni alcune.

Tuttavia, è stato segnalato al Comitato un caso di presunta violazione delle norme di tutela dei minori nella stampa ovvero nella corrispondente locandina davanti a un'edicola. Un padre preoccupato ha ritenuto che il titolo riportante che una donna era stata violentata tre volte fosse un contenuto che poteva disturbare i bambini.

I Corecom delle regioni e delle province autonome non sono solo responsabili della tutela dei minori nelle emittenti televisive locali, ma sono anche coinvolti nel monitoraggio della tutela dei minori nelle emittenti nazionali: attraverso la loro partecipazione al Comitato per la tutela dei minori „Media e Minori“, presso il Ministero dello Sviluppo Economico (ora „Ministero per le Imprese e il Made in Italy“). Il monitoraggio della tutela dei minori avviene anche attraverso il monitoraggio delle emittenti locali descritto nel paragrafo successivo, svolto dai Corecom per conto dell'AGCOM.

Una sfida particolare, tuttavia, è rappresentata dalla protezione dei minori su Internet. In questo caso, il Comitato può agire solo indirettamente, attraverso l'educazione ai media. Ulteriori funzioni possono essere attribuite al Corecom solo da una legge provinciale, ma in questo caso sarebbero limitate ai media online altoatesini che ricevono sovvenzioni provinciali.

Monitoraggio dei programmi televisivi – controlli a campione

Nell'ambito della sua funzione di organo di controllo dell'emittenza locale, il Comitato effettua annualmente i cosiddetti monitoraggi secondo le linee guida dell'AGCOM. L'ultimo monitoraggio dell'emittente privata VB 33 ha evidenziato la presenza di violazioni delle disposizioni normative radiotelevisive, in particolare del testo unico TUSMA, in alcuni programmi. L'Ufficio del Comitato ha svolto l'istruttoria necessaria e ha sottoposto la questione alla decisione dell'AGCOM, che nell'estate dell'anno scorso ha sanzionato l'emittente per aver trasmesso pubblicità non riconoscibile come tale, condannandola al pagamento di una sanzione amministrativa.

Nel 2022 il Comitato ha monitorato - nell'ambito della sua competenza delegata – la concessionaria pubblica Rai, ovvero la programmazione di Rai Südtirol, Rai Alto Adige e Rai Ladinia. È stato monitorato anche il canale privato Peer TV.

La vigilanza sulle emittenti private locali comprende il catalogo completo di monitoraggio, che secondo le istruzioni dell'Autorità AGCOM deve concentrarsi sui seguenti campi di osservazione:

- **Protezione dei minori:** le rigide disposizioni sulla protezione dei media minori sono descritte nel paragrafo precedente;
- **Tutela degli spettatori:** i media devono rispettare anche la dignità degli adulti. I diritti fondamentali della persona devono essere rispettati in ogni momento. L'incitamento all'odio è vietato, così come le espressioni volgari e i comportamenti intolleranti, anche nelle trasmissioni sportive;
- **Rispetto dei principi del pluralismo:** quest'area è suddivisa in un pluralismo socio-culturale, che deve tener conto di tutti i gruppi socialmente rilevanti, e in un pluralismo politico-istituzionale. In questo caso si tratta di tenere conto nei programmi d'informazione in modo equilibrato di tutti i rappresentanti politici e istituzionali;
- **Restrizioni alla pubblicità:** la pubblicità televisiva e radiofonica deve essere chiaramente contrassegnata come tale al fine di garantire che la pubblicità sia riconosciuta in modo inequivocabile come tale. L'obbligo di etichettatura serve a prevenire la pubblicità occulta. Alcuni prodotti e servizi non possono essere pubblicizzati affatto, in altri casi il tempo di trasmissione è limitato alle ore del giorno in cui i bambini non sono di solito seduti da soli davanti alla televisione.

Il diritto alla rettifica di notizie false

Il diritto alla rettifica delle notizie sulla stampa è noto a tutti: se i giornali o i media digitali diffondono notizie su qualcuno che non corrispondono ai fatti, devono essere rettificate, e nello stesso peso in cui è stata diffusa la notizia falsa. Il Comitato per le comunicazioni garantisce l'applicazione del diritto di rettifica nel settore radiotelevisivo. Pertanto, se un mezzo radiotelevisivo si rifiuta di rettificare, le persone interessate possono rivolgersi al Corecom per rivendicare il diritto di rettifica. Negli ultimi mesi, il Comitato ha ricevuto alcune richieste di rettifica, ma non erano giustificate. In alcuni casi, non si trattava tanto di correzioni quanto della sensazione di mandatari politici di essere sottorappresentati nel servizio pubblico radiotelevisivo.

L'affidabilità dei sondaggi pubblicati sui media: La legge garantisce trasparenza

Per conto dell'Autorità AGCOM, i Corecom monitorano l'obbligo dei media di fornire le informazioni richieste per legge al momento della pubblicazione di sondaggi politici o demoscopici. Al fine di poter valutare appieno i risultati dell'indagine, gli utenti dei media devono sapere chi ha commissionato una determinata indagine, chi l'ha effettuata e in quale periodo, quanti intervistati sono stati confrontati con quali domande e così via. L'obbligo di pubblicare queste informazioni elementari sulla metodologia dell'indagine deve essere adempiuto non solo dalla stampa, ma anche dai mezzi di comunicazione online e radiotelevisivi.

Nel 2022, **cinque organi di stampa** sono stati sottoposti a un controllo continuo. Tuttavia, non sono state riscontrate violazioni e di conseguenza nessun media altoatesino è stato sanzionato.

Negli ultimi tempi, i **"sondaggi online"** informali sono diventati sempre più popolari. I rilevamenti spontanei differiscono fondamentalmente dai **sondaggi veri e propri** perché sono condotti senza una chiara selezione del campione. Pertanto, difettano di rappresentatività, cioè non è garantito che l'intera popolazione sia adeguatamente rappresentata. Inoltre, non è possibile evitare che i singoli partecipanti, „cliccando” più volte, falsifichino il risultato. Per evitare equivoci, le disposizioni di legge stabiliscono che queste "manifestazioni di opinioni online" non possono essere pubblicate sui media con la denominazione „sondaggi” e dovrebbero essere accompagnati dall'informazione che non hanno alcuna pretesa di rappresentatività. Ciò consente ai lettori di classificare correttamente i risultati dei sondaggi.

Norme speciali si applicano **ai sondaggi politici ed elettorali**.

Il Comitato provinciale ha colto l'occasione dell'aumento dei sondaggi informali online per inviare nel maggio 2022 una circolare a tutte le emittenti radiofoniche e televisive altoatesine e ai portali online, richiamando la loro attenzione sulle disposizioni di legge in materia di pubblicazione dei sondaggi.

“Attenzione alla differenza tra sondaggio e manifestazione di opinioni”

Il Corecom

Il ROC: uno strumento per accettare le concentrazioni nel settore dei media

Il ROC, o Registro degli Operatori di comunicazioni, è un registro unico istituito dall'Autorità AGCOM ai sensi dell'art. 1 co. 6 lett. a) 5-6 della legge n. 249/1997.

Dal ROC emergono gli assetti proprietari all'interno delle aziende operanti nel settore delle comunicazioni, in modo che le Autorità competenti di vigilanza come AGCOM e l'Antitrust, possano contrastare eventuali concentrazioni nel settore dei media e limitare le partecipazioni di società terze.

Il Corecom Bolzano è stato autorizzato dall'Autorità di vigilanza AGCOM a gestire il ROC a livello provinciale. Ciò significa che le domande provenienti da aziende con sede in Alto Adige vengono elaborate e approvate direttamente dal Comitato che fornisce consulenza ai soggetti obbligati alla registrazione su tutte le questioni relative al Registro. I soggetti registrati sono circa 250/260. Si tratta di una media annuale, perché a causa della dinamica delle registrazioni e delle cancellazioni per cessata attività, il numero può variare da mese a mese.

Nel 2022 sono state iscritte 19 nuove società nel registro, e 6 sono state cancellate.

Una volta all'anno, gli operatori registrati sono tenuti ad aggiornare i propri dati nel registro. In totale, l'Ufficio del Comitato ha dovuto gestire 195 notifiche annuali.

Nell'elenco seguente sono riportate le persone giuridiche registrate nel ROC, con sede in Alto Adige, suddivise per settore:

- **Operatori di rete 4**
- **Fornitori di servizi di media audiovisivi o radiofonici (fornitori di contenuti) 20**
- **Soggetti esercenti l'attività di radiodiffusione 16**
- **Produttori e distributori di programmi radiofonici e televisivi 59**
- **Editori di quotidiani, periodici o riviste 76**
- **Fornitori di servizi di comunicazione elettronica 37**
- **Call Center 44**
- **Uso indiretto di numerazioni nazionali 1**
- **Fornitori di servizi intermediazione online - motori ricerca online 1**

4.



*LE INSIDIE DEL WWW:
ODIO E BULLI*

Hate Speech in rete: il Comitato interviene

Il Corecom si attiva ove necessario per contrastare discorsi di odio o fake news quando appaiono sui forum dei media online locali. Interventi che, tuttavia, devono essere attentamente ponderati, perché il confine tra la legittima libertà di espressione e la censura in alcune circostanze può essere labile.

Nell'anno di riferimento 2022, al Comitato è stato segnalato un solo caso di pubblicazione di contenuti offensivi. Un membro del Consiglio provinciale e la Garante per l'infanzia e l'adolescenza hanno chiesto al Corecom se una serie di commenti apparsi online su severe misure educative a scuola potessero essere classificati come offensivi; offensivi per la totalità dei bambini.

Ma il Comitato, dopo aver esaminato attentamente i commenti dei lettori, ha ritenuto che non sussiste motivo di far cancellare i commenti o di sollecitare la moderazione degli stessi da parte della redazione del portale online.

Il Comitato è autorizzato dalla legge provinciale sulla promozione dei media locali a prendere provvedimenti contro bufale e commenti dei lettori che danneggiano la reputazione altrui. La legge prevede infatti che ogni redazione online debba nominare un redattore responsabile dei commenti dei lettori al Corecom. In caso contrario, i contributi provinciali vengono messi in discussione.

Le sovvenzioni provinciali possono anche essere revocate se i giornali online non moderano i forum dei lettori e non fermano gli eccessi.

Le iniziative del Corecom contro l'odio in rete

Nel 2022, il Comitato provinciale per le comunicazioni ha continuato a concentrarsi sulla lotta all'"odio in rete".

Il forte aumento dell'ostilità su internet non sembra arrestarsi. Fatti incisivi come la pandemia di Covid-19 hanno stimolato la dialettica pubblica, ma non mancavano gli eccessi. Pertanto, il Corecom, in consultazione con la Provincia e altri enti interessati, ha preso le seguenti iniziative.



Premio giornalistico „Contro l'odio in rete”

Per contrastare l'aumento dei discorsi d'odio e degli insulti su internet, all'inizio del 2022 il Corecom aveva lanciato, in collaborazione con il Corecom Trento e l'Ordine dei Giornalisti del Trentino-Alto Adige il premio giornalistico „Contro l'odio in rete”.

L'iniziativa fa parte della campagna „//DIGITALE È REALE/”, che la Provincia di Bolzano ha lanciato in collaborazione con diversi enti interessati, tra cui il Corecom.

I giornalisti o pubblicisti altoatesini e trentini hanno dimostrato un vivo interesse per il concorso, inviando in totale 8 candidature. Particolarmente degna di nota è stata la partecipazione multipla del Gruppo Athesia e della concessionaria pubblica Rai Südtirol.

Una commissione di valutazione presieduta dal Presidente Turk ha selezionato due opere vincitrici: i "corsivi" radiofonici di Inga Schmidt-Hosp „Hatespeech. Worte als Waffen”, dalla serie radiofonica „Auf ein Wort”, trasmessa su Rai Südtirol dal 27 giugno al 2 luglio 2022 e l'articolo di Pino Loperfido „Cronache dall'inferno telematico”, pubblicato su TM Trentino Mese, edizione di giugno 2022.

La premiazione è avvenuta nel corso di una cerimonia il 10 novembre 2022 presso il Consiglio provinciale. La Presidente del Consiglio provinciale, Rita Mattei, ha elogiato i lavori premiati come un importante contributo a una più civile conversazione nei media. Un ringraziamento particolare va al Consiglio provinciale altoatesino, che ha messo a disposizione il premio in denaro. Il Comitato traccia un bilancio positivo e sta esaminando la possibilità di bandire nuovamente un premio giornalistico nel 2023.



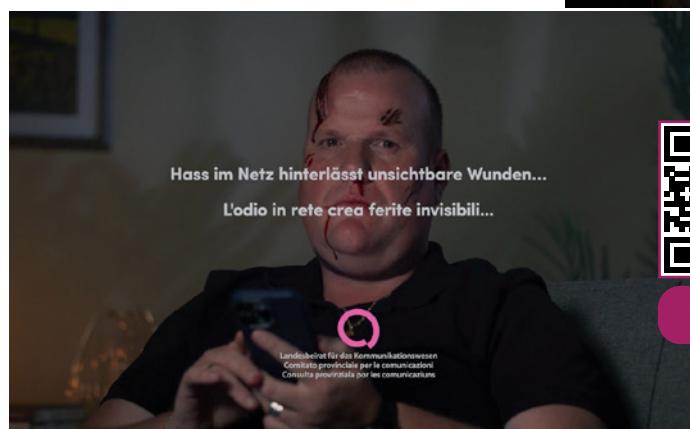
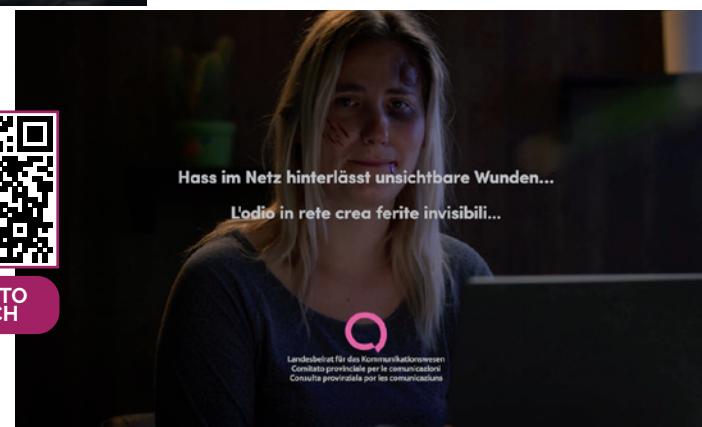
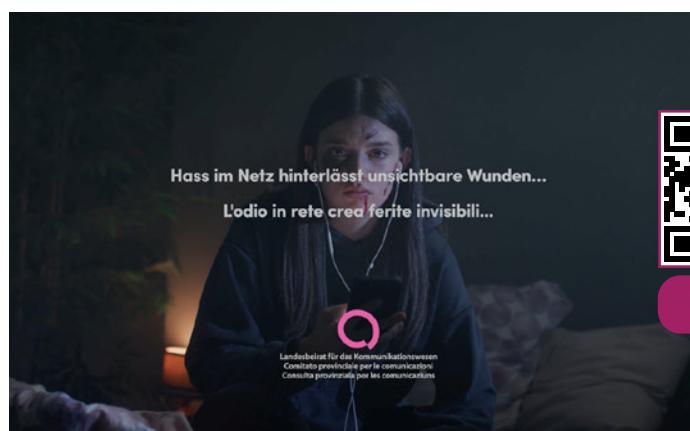
Da sinistra a destra: Pinuccia di Gesaro, Marco Sembenotti, Rita Mattei, Pino Loperfido, Inga Schmidt-Hosp, Elisabeth Mair e Roland Turk



I premiati Pino Loperfido e Inga Schmidt-Hosp

Videospot del Corecom: „L'odio in rete lascia ferite invisibili“.

Una seconda iniziativa del Comitato contro i discorsi d'odio è consistita nella produzione e pubblicazione di tre video per illustrare le gravi conseguenze dell'ostilità sulla psiche delle vittime. La decisione di intraprendere questa azione era già stata presa nel 2021 e il lavoro è stato completato nell'anno seguente. I cortometraggi visualizzano le ferite che le aggressioni verbali causano. I video sono stati pubblicati sui portali online dell'Alto Adige e sugli account social del Consiglio provinciale e sono disponibili anche sul sito internet del Comitato per le comunicazioni. Il Corecom intende diffondere i video in maniera ancora più capillare nel 2023



Indagine comparativa nell'ambito della promozione dei media

L'Ufficio del Comitato ha realizzato, su incarico dell'Ufficio commercio e servizi, uno studio comparativo sulla promozione mediatica nelle due Province autonome di Bolzano e Trento. L'obiettivo dello studio era quello di rilevare le differenze tra la normativa trentina e quella altoatesina e di illustrarle con esempi concreti. A tal fine, è stato selezionato un campione di due emittenti televisive, due emittenti radiofoniche e due portali di informazione online che avevano presentato domanda di contributi provinciali in Alto Adige e sono stati calcolati gli importi dei finanziamenti a cui avrebbero diritto in applicazione dei criteri di Trento.

Lo studio ha prodotto risultati interessanti: ad esempio, le emittenti televisive della provincia trentina devono assumere tre giornalisti per poter beneficiare dei contributi. In Alto Adige ne basta uno. A differenza della normativa altoatesina, le emittenti radiofoniche devono avere almeno un giornalista o un pubblicista. Inoltre, i pagamenti alle agenzie per la produzione di contenuti non rientrano nel calcolo dei contributi. A differenza dell'Alto Adige, le aziende mediatiche che gestiscono un mezzo di comunicazione tradizionale, come un'emittente radiofonica o televisiva, oltre a un portale di notizie online, hanno diritto a sovvenzioni più elevate. Secondo le informazioni fornite al Corecom, nel 2017, anno di entrata in vigore della legge sui finanziamenti, in Trentino solo questi portali online offrivano un giornalismo di qualità.

Il Corecom Bolzano in un manuale sul diritto costituzionale italiano

Qualche tempo fa, il Presidente del Comitato Turk è stato invitato a predisporre un contributo per un manuale sull'autonomia della Regione Trentino-Alto Adige. L'opera, che avrà come titolo „*Lineamenti di Diritto Costituzionale della Regione Trentino - Alto Adige/Südtirol e delle Province Autonome di Trento e Bolzano/Südtirol*“ , sarà pubblicata prossimamente. L'articolo sui Corecom italiani e, in particolare, su quello dell'Alto Adige è stato aggiornato e messo a disposizione dell'Università di Innsbruck.

Il libro sarà pubblicato dall'editore Giappichelli

In occasione del ventennale dei Corecom italiani è anche uscito un libro di Rubbettino col titolo “*I Corecom nell'ordinamento della comunicazione*” il volume, curato dalla coordinatrice uscente dei Presidenti Corecom, Marianna Sala, contiene informazioni su tutti i Corecom.

Consiglieri della Sassonia-Anhalt in visita

Nel febbraio 2023, il Consiglio provinciale ha ricevuto la visita di una delegazione del Landtag della Sassonia-Anhalt. Il programma della visita prevedeva anche incontri con le c.d. avvocature insediate presso il Consiglio, tra le quali il Corecom. Il presidente Turk ha illustrato le funzioni del Comitato e ha risposto alle domande dei componenti del Landtag germanico. Le domande si sono concentrate sulla par condicio, poiché la ragionevolezza delle restrizioni alle attività di comunicazione dei mandatari politici in periodo preelettorale è discussa anche in Germania.

Meeting tra esperti sui nuovi standard di trasmissione televisiva

Il referente dei Corecom per le tecnologie di trasmissione televisiva, Stefano Cuppi, è venuto a Bolzano nel febbraio 2023 per uno scambio di opinioni con l'azienda speciale della Provincia RAS e con il Presidente del Comitato Turk sulla road map del governo italiano verso il passaggio definitivo allo standard televisivo DVB-T2. Cuppi, Presidente del Corecom Emilia Romagna, è il delegato dei Corecom al tavolo degli esperti sulla televisione, istituito presso il Ministero MIMIT. Secondo le informazioni di Cuppi, il passaggio al DVB-T2 rischia di subire forti ritardi.



da sinistra a destra: Hugo Moroder, direttore tecnico e Peter Silbermann, Presidente della RAS, Stefano Cuppi, Corecom Emilia-Romagna, Roland Turk e Georg Plattner, Direttore della RAS

Il Gruppo di lavoro dei Corecom delle Regioni e Province autonome

I Comitati per le comunicazioni delle regioni autonome Valle d'Aosta, Friuli-Venezia Giulia, Sardegna e delle province di Bolzano e Trento formano il gruppo di lavoro „Media e minoranze“, che mira ad aiutare le minoranze linguistiche ad ottenere una maggiore presenza nei media. In effetti, secondo l'attuale accordo quadro firmato tra le regioni e l'Autorità di vigilanza AGCOM, le televisioni e le radio regionali sono obbligate a dare voce in misura adeguata alle minoranze linguistiche. I Corecom sono stati successivamente incaricati da AGCOM di monitorare l'attuazione di questo requisito.

Il gruppo di lavoro, la cui prima riunione si è svolta nell'autunno 2019 a Bolzano, ha raccolto in un dossier lo stato attuale dell'offerta mediatica per le minoranze nelle regioni autonome e ha riassunto le basi giuridiche corrispondenti. Questo documento è in costante aggiornamento e può quindi servire, tra l'altro, a facilitare la formulazione di leggi regionali per rafforzare l'offerta di media nelle lingue minoritarie nelle Regioni a statuto ordinario. Durante le riunioni del gruppo di lavoro vengono scambiate informazioni sulla presenza delle minoranze linguistiche nei media.

Il presidente del Corecom Roland Turk ha fondato il gruppo di lavoro nel 2019 insieme al collega valdostano Pier Paolo Civelli. Il segretario è Francesco Ciavattone, direttore del Corecom Vallée d'Aoste.



Castello di Montfleury: la sede del Corecom Valle d'Aosta

Le risorse umane del Comitato

Il personale assunto da parte del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano e messo a disposizione del Corecom è composto da tre persone. Al momento della stesura della presente relazione, si trattava della responsabile dell'ufficio Siegrid Mair, del conciliatore delle controversie nel settore delle telecomunicazioni Mukesh Macchia nonché dell'esperto legale Fabian Thaler. In caso di necessità, il Corecom si avvale dell'assistenza di due avvocati esterni.

Tutti i collaboratori svolgono un lavoro eccellente e hanno partecipato ai programmi di formazione dell'AGCOM nel 2022.



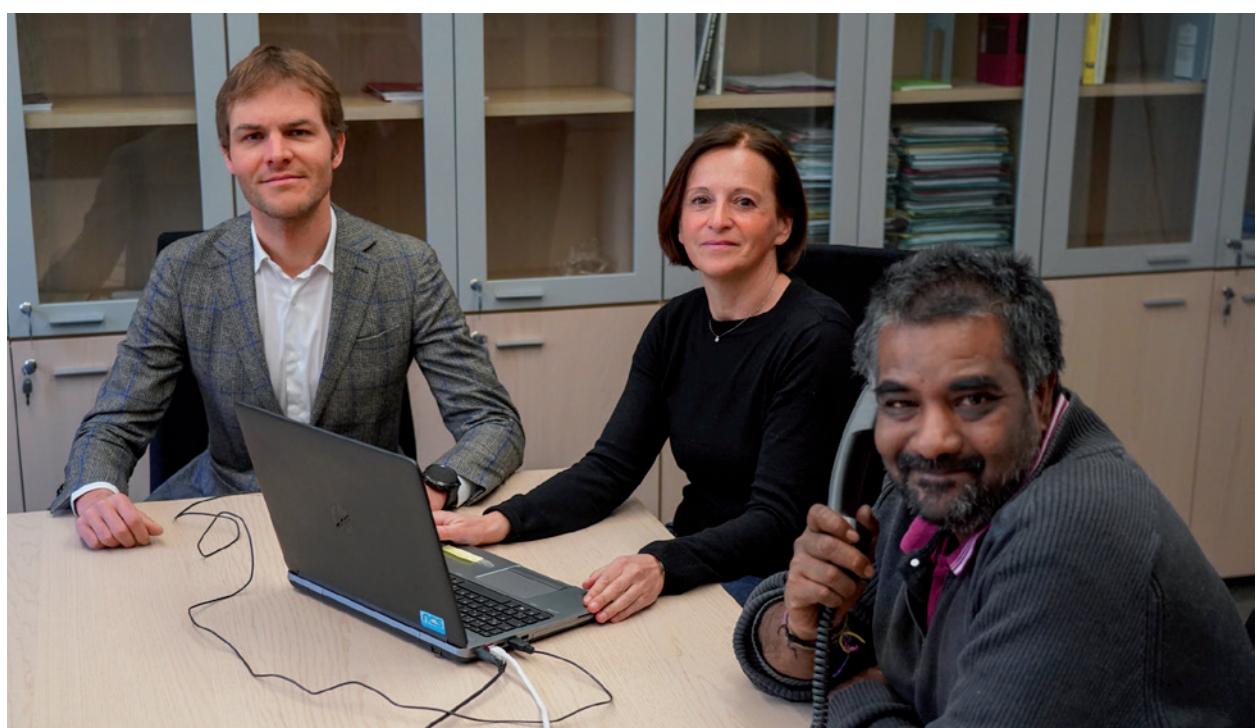
Siegrid Mair
Responsabile dell'ufficio
Corecom



Mukesh Macchia
Il conciliatore



Fabian Thaler
L'esperto legale



Le risorse finanziarie:

Per finanziare le sue attività multiformi il Comitato dispone di risorse provenienti da due fonti: dal Consiglio provinciale altoatesino (che sopporta anche i costi fissi per il personale e i locali) e da AGCOM, che contribuisce alle spese inerenti all'espletamento delle funzioni delegate da AGCOM al Comitato.

Se si volesse redigere un bilancio sociale, questo risulterebbe assolutamente positivo, perché i fondi dell'AGCOM rimangono quasi tutti in provincia. Ulteriori risorse tornano nelle tasche delle famiglie e delle aziende altoatesine grazie alle conciliazioni stragiudiziali che il Corecom esegue. Si tratta di somme che i fornitori di servizi di telecomunicazione avevano ingiustificatamente addebitato ai loro clienti.

Tabella delle spese sostenute:

ENTRATE (Programma d'attività 2022)

Budget messo a disposizione dal Consiglio provinciale	55.000,00 Euro
---	-----------------------

USCITE 2022

Acquisto roll-up	366,00 Euro
Diploma Premio giornalistico	117,20 Euro
Produzione video	20.252,00 Euro
Monitoraggio su incarico della Provincia	10.980,00 Euro
Totale uscite 2022	31.715,12 Euro

ENTRATE (AGCOM 2022)

1a rata	45.824,46 Euro
2a rata	14.324,45 Euro
Totale contributo AGCOM 2022	60.148,91 Euro

USCITE 2022

Spesa per la pubblicazione dei video	17.714,40 Euro
Monitoraggio TV locali	12.200,00 Euro
Incarico per conciliazioni e definizioni nel settore telefonico	1.853,49 Euro
Totale uscite 2022	31.767,89 Euro

Allegato: Convenzione

CONVENZIONE PER IL CONFERIMENTO E L'ESERCIZIO DELLA DELEGA DI FUNZIONI AI COMITATI REGIONALI PER LE COMUNICAZIONI

rot. Datum | data prot. 17.02.2023
rot. Nr. | n. prot. LBK_0000103

TRA

L'AUTORITÀ PER LE GARANZIE NELLE COMUNICAZIONI

E

IL COMITATO PROVINCIALE PER LE COMUNICAZIONI BOLZANO

VISTA la legge 31 luglio 1997, n. 249, recante “*Istituzione dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni e norme sui sistemi delle telecomunicazioni e radiotelevisivo*” e, in particolare, l’art. 1, comma 13, che disciplina i Comitati regionali per le comunicazioni, funzionalmente organi dell’Autorità per le garanzie nelle comunicazioni (di seguito “Autorità”) per le esigenze di decentramento sul territorio;

VISTO l’art. 117, terzo comma, della Costituzione, che inserisce la competenza legislativa in materia di “*ordinamento delle comunicazioni*” tra le materie di legislazione concorrente tra Stato e Regione;

VISTO il decreto legislativo 30 giugno 2003, n. 196, recante “*Codice in materia di protezione dei dati personali recante disposizioni per l'adeguamento dell'ordinamento nazionale al regolamento (UE) n. 2016/679 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 27 aprile 2016, relativo alla protezione delle persone fisiche con riguardo al trattamento dei dati personali, nonche' alla libera circolazione di tali dati e che abroga la direttiva 95/46/CE*”;

VISTO il decreto legislativo 1° agosto 2003, n. 259, recante “*Codice delle comunicazioni elettroniche*” come modificato dal decreto legislativo 8 novembre 2021, n. 207, recante “*Attuazione della direttiva (UE) 2018/1972 del Parlamento europeo e del Consiglio, dell'11 dicembre 2018, che istituisce il Codice europeo delle comunicazioni elettroniche (rifusione)*”;

VISTO il decreto legislativo 8 novembre 2021, n. 208, recante “*Attuazione della direttiva (UE) 2018/1808 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 14 novembre 2018, recante modifica della direttiva 2010/13/UE, relativa al coordinamento di determinate disposizioni legislative, regolamentari e amministrative degli Stati membri, concernente il testo unico per la fornitura di servizi di media audiovisivi in considerazione dell'evoluzione delle realtà del mercato*” (di seguito, TUSMA);

VISTA la delibera n. 52/99/CONS, del 28 aprile 1999, recante “*Indirizzi generali relativi ai Corecom*”;

VISTA la delibera n. 53/99/CONS, del 28 aprile 1999, recante “*Regolamento per la definizione delle materie delegabili ai Corecom*”;

VISTA la delibera n. 223/12/CONS, del 27 aprile 2012, recante “*Adozione del nuovo Regolamento concernente l’organizzazione e il funzionamento dell’Autorità*”, come da ultimo modificata dalla delibera n. 434/22/CONS e, in particolare, l’articolo 9, comma 2, lettera q), secondo cui il Segretariato Generale cura i rapporti con i Comitati regionali delle comunicazioni e svolge tutte le attività necessarie per la verifica del rispetto dell’Accordo quadro e delle connesse Convenzioni, verificando l’efficacia e l’efficienza dell’esercizio delle funzioni ad essi delegate;

VISTA la legge della Provincia autonoma di Bolzano del 18 marzo 2002, n. 6, recante “*Norme sulle comunicazioni e provvidenze in materia di radiodiffusione*”, e s.m.i.;

VISTO l’Accordo Quadro tra l’Autorità, la Conferenza delle Regioni e delle Province autonome e la Conferenza dei Presidenti delle Assemblee legislative delle Regioni e delle Province autonome, di seguito denominato *Accordo Quadro 2023*, approvato dall’Autorità con delibera n. 427/22/CONS del 14 dicembre 2022;

CONSIDERATO che i CO.RE.COM. si attengono nell’esercizio delle deleghe conferite alle linee guida e ai manuali di procedure operative definiti dall’Autorità;

CONSIDERATE, le interlocuzioni avvenute tra le parti ai sensi dell’art. 2, commi 3 e 4, dell’*Accordo Quadro 2023*;

CONSIDERATO che, in base agli elementi acquisiti relativi all’adeguatezza della struttura organica del Comitato provinciale per le comunicazioni di Bolzano, anche tenuto conto dei carichi di lavoro pregressi, non sussistono condizioni ostative al conferimento delle deleghe;

RITENUTO, pertanto, alla luce dell’*Accordo Quadro 2023* di procedere alla stipula di una nuova Convenzione concernente il conferimento e l’esercizio della delega di funzioni al Comitato provinciale delle comunicazioni Bolzano;

SI CONVIENE

Articolo 1 (Premesse)

1. Le premesse costituiscono parte sostanziale e integrante della presente Convenzione.

**Articolo 2
(Oggetto della Convenzione)**

1. La presente Convenzione disciplina il rapporto tra l’Autorità e il Comitato provinciale per le comunicazioni Bolzano, (di seguito “CO.PRO.COM.”), per il conferimento e l’esercizio della delega delle funzioni in ambito provinciale nelle materie di cui al successivo articolo 5.
2. Le funzioni delegate sono esercitate dal CO.PRO.COM. nel rispetto dei principi, dei criteri direttivi e delle modalità attuative stabiliti dall’Autorità, anche attraverso linee guida e atti di indirizzo.

**Articolo 3
(Durata della Convenzione)**

1. La presente Convenzione ha durata quinquennale con decorrenza dal 1° gennaio 2023.

**Articolo 4
(Strutture dedicate)**

1. L’Autorità, nell’esercizio delle sue funzioni e nello svolgimento delle attività di coordinamento di propria competenza relative alla presente Convenzione, opera tramite un’apposita struttura individuata dalle disposizioni relative all’organizzazione interna.
2. Il CO.PRO.COM., nello svolgimento delle attività per l’esercizio delle deleghe, opera tramite una struttura dedicata, all’uopo specificamente individuata all’interno dell’organizzazione provinciale e nel rispetto dell’autonomia della stessa, così da assicurare l’adeguato svolgimento delle attività oggetto delle deleghe.

**Articolo 5
(Funzioni delegate)**

1. L’Autorità delega al CO.PRO.COM. l’esercizio delle funzioni di seguito indicate:
 - a) tutela e garanzia dell’utenza, con particolare riferimento ai minori, attraverso iniziative di educazione all’utilizzo dei media decentrate sul territorio nazionale da svolgersi nell’ambito delle attività di alfabetizzazione mediatica e digitale promosse dall’Autorità, anche in raccordo con altre istituzioni nazionali, tenendo conto delle

attività di *media education* promosse dagli stessi CO.RE.COM. nell’ambito di funzioni proprie previste dalle rispettive leggi regionali;

- b) esercizio del diritto di rettifica con riferimento al settore radiotelevisivo locale, relativamente alle funzioni istruttorie e decisorie in applicazione dell’articolo 35 del TUSMA;
 - c) vigilanza sul rispetto dei criteri fissati nel regolamento relativo alla pubblicazione e diffusione dei sondaggi sui mezzi di comunicazione di massa diffusi in ambito locale;
 - d) svolgimento del tentativo di conciliazione, limitatamente alle controversie tra enti gestori del servizio di comunicazioni elettroniche e utenti, e assunzione dei provvedimenti temporanei ai sensi degli artt. 3 e ss. del “*Regolamento sulle procedure di risoluzione delle controversie tra utenti e operatori di comunicazioni elettroniche o fornitori di servizi di media audiovisivi*”, di cui alla delibera n. 203/18/CONS e s.m.i.;
 - e) definizione delle controversie indicate all’articolo 14 del “*Regolamento sulle procedure di risoluzione delle controversie tra utenti e operatori di comunicazioni elettroniche o fornitori di servizi di media audiovisivi*”, di cui alla delibera n. 203/18/CONS e s.m.i., a esclusione di quelle concernenti operatori o utenti di altri Stati dell’Unione Europea di cui all’art. 25, comma 6, del Codice delle comunicazioni elettroniche e di quelle di cui all’art. 22, comma 1, del Regolamento di procedura. Ai fini del conferimento di tale delega, ciascun CO.RE.COM., nell’ambito della propria organizzazione interna, deve garantire la separazione tra la funzione di conciliazione e quella di definizione della controversia e, nell’ambito di questa, tra competenze istruttorie e decisorie. Al procedimento per la definizione delle controversie si applicano, in quanto compatibili, le norme del citato Regolamento;
 - f) vigilanza sul rispetto delle norme in materia di esercizio dell’attività radiotelevisiva locale, mediante il monitoraggio delle trasmissioni dell’emittenza locale privata, e della concessionaria pubblica, per l’ambito di diffusione provinciale, con particolare riferimento agli obblighi in materia di programmazione, anche a tutela delle minoranze linguistiche e dei minori, pubblicità e contenuti radiotelevisivi previsti dal TUSMA, come integrato dai Regolamenti attuativi dell’Autorità;
 - g) gestione delle posizioni degli operatori nell’ambito del Registro degli Operatori di Comunicazione secondo le linee guida fissate dall’Autorità e sotto il coordinamento della medesima. La delega comprende lo svolgimento, nell’ambito della rispettiva competenza territoriale, dei procedimenti di iscrizione e gli aggiornamenti delle posizioni all’interno del Registro nonché il rilascio delle certificazioni attestanti la regolare iscrizione.
2. L’attività di vigilanza si espleta attraverso il monitoraggio, anche su segnalazione di terzi, lo svolgimento della fase istruttoria e la trasmissione all’Autorità della relazione di chiusura, secondo le disposizioni normative e le modalità contenute nelle linee guida e negli indirizzi stabiliti dall’Autorità con apposito manuale di procedure operative.

**Articolo 6
(Programma di attività)**

1. Con riferimento all'esercizio delle funzioni delegate, il CO.PRO.COM. predispone il programma annuale delle attività, da redigere secondo il modello individuato d'intesa con l'Autorità e da trasmettere alla medesima entro il 30 settembre di ogni anno.

**Articolo 7
(Risorse finanziarie)**

1. Per lo svolgimento delle attività relative all'esercizio delle funzioni di cui all'art. 5, l'Autorità assegna al CO.PRO.COM. un contributo il cui importo è calcolato secondo lo schema Tabella allegata alla citata delibera n. 427/22/CONS, in base alle funzioni delegate effettivamente svolte e al raggiungimento degli obiettivi di efficienza ivi indicati. L'onere relativo al contributo grava sul capitolo 1.03.1026.0 del Bilancio a partire dall'esercizio 2023. L'importo annuo massimo viene impegnato all'inizio dell'anno di competenza e liquidato secondo le modalità di cui al comma 2.
2. Ogni anno, a titolo di acconto, nel mese di giugno dell'anno di competenza, viene liquidato un importo corrispondente alla somma delle seguenti quote contributo di cui alla Tabella allegata alla delibera n. 427/22/CONS: "quota fissa", "quota popolazione", "quota superficie". Il saldo del contributo spettante al CO.PRO.COM., ad eccezione della "quota efficienza definizioni", è liquidato entro il mese di aprile dell'anno successivo, in base a quanto indicato nella relazione e nella rendicontazione di cui al successivo art. 10, previa attestazione dell'Ufficio CO.RE.COM. e coordinamento ispettivo dell'Autorità e fatta salva la necessità di un supplemento di istruttoria. Come indicato nella Tabella allegata alla delibera n. 427/22/CONS, la liquidazione della "quota efficienza definizioni" avviene entro il 31 luglio dell'anno successivo.

**Articolo 8
(Collaborazione in settori di interesse comune)**

1. L'Autorità e il CO.PRO.COM., ferme restando le rispettive sfere di competenza, possono disciplinare, con appositi atti aggiuntivi alla presente Convenzione, gli strumenti e le modalità di attuazione di interventi e iniziative di collaborazione in settori di interesse comune.
2. Nell'ambito delle funzioni delegate, l'Autorità può avvalersi del CO.PRO.COM. per le attività di supporto alle iniziative sul territorio, quali indagini conoscitive, ricerche di settore, divulgazione e promozione di progetti regionali, nazionali ed europei.

Articolo 9
(Formazione e aggiornamento del personale)

1. L’Autorità, al fine di favorire una maggiore conoscenza delle questioni relative alle funzioni e alle materie delegate al CO.PRO.COM., promuove attività di formazione e di aggiornamento, mediante l’espletamento di corsi, seminari, *workshop* e convegni.

Articolo 10
(Relazione annuale)

1. Il CO.PRO.COM. predispone una relazione annuale adeguatamente documentata sull’attività svolta in base al programma di cui all’art. 6 e sulla realizzazione degli obiettivi connessi all’esercizio delle funzioni delegate, da inviare all’Autorità entro e non oltre il 31 marzo di ogni anno, unitamente allo schema di rendicontazione delle attività.
2. L’Autorità svolge verifiche sulle attività delegate al CO.PRO.COM. anche mediante richieste di dati e di documentazione utile.

Articolo 11
(Principio di leale collaborazione)

1. Le parti, consapevoli della rilevanza degli interessi pubblici connessi all’esercizio delle funzioni delegate, si impegnano all’attuazione della Convenzione nel rispetto del principio di leale collaborazione.

Articolo 12
(Inadempimento, poteri sostitutivi e revoca delle funzioni)

1. In caso di accertato inadempimento, anche parziale, nell’esercizio delle funzioni delegate, da parte del CO.PRO.COM., l’Autorità assegna un termine per adempiere, decorso inutilmente il quale assume tutte le determinazioni necessarie al fine di esercitare i poteri sostitutivi.
2. Ove, anche a seguito dell’esercizio del potere sostitutivo di cui al comma 1, non risultino comunque utilmente esercitabili su base territoriale le funzioni delegate, in relazione alla gravità e alla durata dell’inadempimento, l’Autorità dispone la revoca, anche parziale, della delega delle relative funzioni e stabilisce il termine a far data dal quale viene revocato il contributo per le attività delegate non debitamente assolte.

3. Qualora, a fronte della cessazione delle funzioni del Consiglio provinciale, per scadenza del mandato o per altra ragione, la Provincia autonoma Bolzano non provveda alla costituzione del nuovo Comitato nel termine di 45 giorni decorrente dalla predetta cessazione, l'Autorità esercita le funzioni delegate sino all'insediamento del nuovo Comitato. In ogni caso la Provincia autonoma/Consiglio provinciale è tenuta/o a svolgere i relativi adempimenti propedeutici con diligenza e tempestività.
4. Nei giudizi relativi a provvedimenti adottati dal CO.PRO.COM. nell'esercizio delle funzioni delegate, la costituzione in giudizio è effettuata dall'Autorità per il tramite dell'Avvocatura generale dello Stato, in quanto titolare del potere delegato. Il CO.PRO.COM. trasmette senza indugio all'Autorità una dettagliata relazione sull'attività svolta unitamente alla connessa documentazione, al fine di consentire la tempestiva costituzione in giudizio e di assicurare una adeguata difesa. In caso di sistematico ritardo o di colpevole inadempimento nella trasmissione dei fascicoli, l'Autorità – valutata tale condotta – potrà disporre la revoca della delega delle funzioni relative agli atti oggetto di giudizio.

Articolo 13 (Aggiornamento, modifica e integrazione della Convenzione)

1. La presente Convenzione può essere modificata, integrata o aggiornata, in relazione a sopravvenute modifiche del quadro normativo e ai risultati delle verifiche sull'attività svolta, provvedendo alla conseguente quantificazione annuale delle risorse finanziarie.

La presente Convenzione è resa disponibile sul sito *web* dell'Autorità.

Il Presidente dell'Autorità per
le garanzie nelle comunicazioni
Giacomo Lasorella



Giacomo
Lasorella
AGCOM
14.02.2023
10:57:50
GMT+01:00

Il Presidente della
Provincia autonoma
Bolzano
Arno Kompatscher

Firmato digitalmente da: Arno Kompatscher
Data: 16/02/2023 12:49:03

La Presidente del
Consiglio provinciale
Bolzano
Rita Mattei

Firmato digitalmente da: Rita Mattei
Data: 16/02/2023 10:13:57

Il Presidente del
Comitato provinciale
per le comunicazioni
Bolzano
Roland Turk

Firmato digitalmente da: Roland Turk
Data: 14/02/2023 21:10:43



Landesbeirat für das Kommunikationswesen
Comitato provinciale per le comunicazioni
Consulta provinziala por les comunicaziuns

www.cpc-bz.org